

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Sprechnummer: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin: SB 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Cepediens

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Zeichnung gefolgt. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Oktober 1930

Englands Palästinalpolitik.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Haifa, im Oktober (Eig. Bericht)

Es ist eines der erstaunlichsten Phänomene in der politischen Geschichte der jüngsten Zeit, welches Mass an internationalem Interesse ein Land wie Palästina erregt, dessen Grösse und dessen wirtschaftliche Bedeutung in keinem Verhältnis zu den übrigen Ländern des Orients steht. Den wichtigsten Grund für diese sonderbare Erscheinung bildet zweifellos das Vorhandensein eines über die ganze Erde verstreuten jüdischen Parketts, dessen Informationsbedürfnis nach dem Schicksal der im palästinensischen Abenteuer engagierten Minorität sehr rege ist. Damit wird das Problem jedoch keineswegs erschöpft, denn auch die nichtjüdische Welt fühlt, wenn auch erst einmal instinktiv, dass sich in Palästina eine interessante kulturelle und wirtschaftliche Neuformation vollzieht, die über die Enge einer nationalistischen Bewegung für die übrige nach Auswegen aus ihren Nöten suchende Menschheit mehr bedeutet als eine religiös-mystische Spielerei mit völkischem Einschlag.

Dieser Entwicklung der Judenfrage in Palästina vom Phantom zur Realität trägt auch die neuste Erklärung der englischen Regierung zur Palästinafrage Rechnung. Diese Feststellung ist deshalb so wichtig, weil sie die Anerkennung der am unmittelbarsten interessierten Macht bedeutet, dass die Juden in Palästina den Weg von der wilden Ekstase zur Wirklichkeit gefunden haben und dass sie zu einem integrierenden Bestandteil in den Berechnungen der englischen Orientpolitik geworden sind. Es ist für die Lebensfähigkeit des von den Juden geschaffenen Werks ein guter Beweis, dass es sich trotz einer Reihe von Irrtümern trotz wechselnder und schwieriger Bedingungen behauptet hat und es wäre ein Irrtum zu glauben, dass das Sein der in Palästina lebenden jüdischen Minorität durch den neuen Kurs der englischen Politik auch nur entfernt bedroht ist.

Weit wichtiger wird im Augenblick die Frage, ob der Versuch Englands dazu angetan sein wird, die verworrenen Zustände Palästinas derart zu klären, dass endlich die so dringend notwendige Ruhe eintritt und dass dem Lande die Möglichkeit gegeben wird, sich innerlich und ausserlich zu konsolidieren und die schwere Zeit des Uebergangs zu neuen Wirtschaftsformen zu überwinden. Es ist der fundamentale Fehler der englischen Palästinalpolitik, dass sie die Reform der palästinensischen Wirtschaft zwar wünscht, aber sich in Feststellungen und Verheissungen Genüge tut. Vor allem sind die Fachleute Englands sich selbst nicht darüber im Klaren, was zu geschehen hat, obwohl Experimente für eine Neugestaltung der gesamten englischen Kolonialwirtschaft nirgends so aussichtsreich und auch so billig sind wie gerade in Palästina. Wirklich nötig für die Gesundung Palästinas wäre eine systematische und langsame Weiterentwicklung des Bestehenden durch Experten, deren Autorität auf der sachlichen Leistung und nicht auf der Deckung durch englische Maschinengewehre beruht. Leider verfügt die British Labourparty noch nicht über den Stab kolonialer Fachleute, die bei aller Wahr-

der englischen Interessen den Blick dafür haben, was zu Nutz und Frommen der Untertanen Englands in seinem überseeischen Besitz wirklich zu geschehen hat. Sie kommt daher in die unangenehme Lage überall verantwortlich für Halbheiten eintreten zu müssen, die lediglich zur Verewigung des konservativen Einflusses ausserhalb des Mutterlandes dienen.

Die augenblicklich beliebte Verquickung wirtschaftlicher mit politischen Fragen ist nicht dazu angetan, des Dilemmas Herr zu werden, in das die englische Kolonialpolitik immer mehr hineingerät. Dazu wäre es in Palästina nötig gewesen mit einer konsequenten Agrarreform zu beginnen, die durch den Aufbau eines Systems landwirtschaftlicher Genossenschaften und die technische Erziehung des Fellachen gesichert werden müsste. Die englische Grosszügigkeit hätte so weit gehen müssen, sich bei der Hilfe für die palästinensische Landwirtschaft auf eine mit grosser Zurückhaltung ausgeübte Kontrolle zu beschränken und die Ausführung der Pläne gemeinsam von Juden und Arabern geleiteten Institutionen zu überlassen. Damit wäre auch ein wichtiger Schritt zur politischen Befriedung des Landes getan worden. Aus der Erfahrung und der geschäftlichen Routine der Juden und der Arbeitskraft des arabischen Bauern hätte sich trotz mancher Fehlschläge im Laufe der Zeit eine sehr brauchbare Mischung entwickelt. Schlimmer wären die Dinge keinesfalls geworden als sie jetzt zu werden drohen, weil das Reformwerk um des Prestiges willen in die Hände einer Bürokratie gelegt wird, die bisher auf keinem Gebiet schöpferische Fähigkeiten gezeigt hat.

In der Aufregung darüber: Förderung oder Sperrung der Einwanderung, Hilfe für Araber oder Juden kommt die kritische Betrachtung der politischen Fragen in der palästinensischen Öffentlichkeit mit Unrecht diesmal sehr zu kurz. An der Schöpfung des Parlaments in der vorgeschlagenen Form haben weder Araber noch Juden ein grosses Interesse. Seine Zusammensetzung und sein Wahlmodus lassen darauf schliessen, dass mit der Erziehung Palästinas zur Selbstverwaltung vom abc her begonnen werden soll und dass man Arabern wie Juden nicht allzuviel an politischer Reife zumutet. Die Gesetzgebende Versammlung wird aus dem jeweiligen palästinensischen Oberkommissar und 22 Mitgliedern bestehen, von denen 10 durch die Regierung ernannt und 12 auf Grund eines Klassenwahlrechts gewählt werden sollen. In weiser Voraussicht behält sich die Regierung das Recht vor für den Fall einer no-cooperation, die fehlenden Mitglieder zu berufen. Eine solche Gefahr besteht in der Tat. Von jüdischer Seite ist bereits der Wahlboykott proklamiert worden, während im arabischen Lager Tendenzen ähnlicher Art bestehen. Auf diese Weise wird der Gedanke der Selbstverwaltung nicht gefördert um so mehr als sich das Misstrauen gegen das englische Geschenk bei Juden wie bei Arabern auf gewichtige Gründe aussenpolitischer Natur stützt. Die Skepsis entspringt der Furcht, dass auf dem Wege über die Gesetzgebende Versammlung in Palästina wie im Irak der Abbau des Mandats zu Gunsten eines pseudoselbstständigen Staats erfolgen soll, der als Protektorat Gross-Britannien alle Handlungsfreiheit ohne die lästige Einmischung der Mandatskommission gewähren soll.

Der gross angelegte Versuch der Labourparty zur Schaffung neuer und besserer Beziehungen zwischen England und den Staaten seiner Interessensphäre im Mittleren Osten ist damit auf der ganzen Linie, Aegypten, Irak und jetzt auch Palästina gescheitert. Der hoffnungsvoll begonnene Kampf ist an dem Widerstand der Kolonialbürokratie zerschellt, die es verstanden hat, die Absichten des Labourkabinetts für ihre Zwecke umzudeuteln und die unberührt von den Zeichen der Zeit und ohne Rücksicht für die Folgen ihrer Handlungsweise auf die nicht englische Welt ihre Wühlarbeit gegen die Idee des Völkerbundes ausserhalb Europas fortsetzt. Noch ist es Zeit, die weltpolitischen Gefahren dieses Systems zu beschwören.

SPD. Angora, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der griechische Ministerpräsident Venizelos und der türkische Ministerpräsident Ismed Pascha unterzeichneten am Donnerstag in Angora einen griechisch-türkischen Freundschaftsvertrag. Die Bedeutung des Vertrages, der inhaltlich dem Freundschaftsabkommen zwischen der Türkei und Italien entspricht, liegt darin, dass er die Periode der griechisch-türkischen Kämpfe durch die für die Zukunft vorgesehene freundschaftliche Zusammenarbeit endgültig abschliessen soll. In einem Anhang zu dem Vertrag wird der Grundsatz der Gleichheit für die türkische und die griechische Flotte festgelegt. Die Einzelheiten dieses Zusatzabkommens sollen später durch Marineexperten der beiden Länder ausgearbeitet werden.

SPD. Die im Verlauf der Kölner Beratungen von einer gemeinsamen Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale ausgearbeitete Entschliessung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat folgenden Wortlaut :

"Die Wirtschaftskrise, die in fast allen Ländern mit ungeheurer Wucht wütet, hat mehr als 12 Millionen Arbeiter in Europa und in den Vereinigten Staaten Amerikas, sowie weitere Millionen in den anderen Weltteilen, zur Arbeitslosigkeit verdammt; sie bedroht das Lebensschicksal der gesamten Arbeiterschaft in einem früher nicht gekannten Masse. Der Fluch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das periodisch neue Krisen erzeugt, die geringe Stabilität des Friedens, die Vorstösse des Faschismus und andere politische Störungen sind die Hauptursachen des gegenwärtigen Notstandes der arbeitenden Massen. Die herrschenden Klassen tun nicht nur nichts, um die Krisenfolgen für die Arbeiterschaft zu lindern, sondern tragen durch eine tolle Politik der Schutzzölle, durch ökonomischen Nationalismus und zahlreiche andere Massnahmen noch zur Verschärfung der Notlage bei. Die Unternehmerklasse versucht in Verkennung ihrer Verantwortlichkeit die hohen Löhne als die Ursache der Krise auszugeben. Die Tatsachen widerlegen offen diese Behauptung: im Laufe der letzten Jahre ist der Lohnanteil an den Produktionskosten gefallen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen fast eine Verdoppelung erfahren hat. Zynisch schlagen die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung vor, ohne sich um das furchtbare Elend zu kümmern, das auf diese Weise für die Arbeiterklasse entstehen würde. Gegen diese Angriffe des Unternehmertums muss die Arbeiterschaft in allen Ländern durch die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den Abwehrkampf mit aller Kraft führen; mit der Abwehr gegen die soziale Reaktion muss sie ihren Kampf um die Versorgung der Krisenopfer und um die Verminderung der Arbeitslosigkeit verbinden. Hier liegen die dringlichsten Gegenwartsaufgaben im Rahmen des grossen Kampfes der Arbeiterklasse zur Ueberwindung des Kapitalismus und zur Verwirklichung des Sozialismus. I.G.B. und S.A.I. gemeinsam rufen die Arbeiter in allen Ländern auf, die folgenden Forderungen mit Einsatz aller Energie zu vertreten, um den Druck der Krise zu überwinden und die Leiden ihrer Opfer zu mildern:

1. Abwehr jeder Senkung des Reallohns, da durch Verminderung der Massenkauflkraft die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen müsste.
2. Erhöhung der Massenkauflkraft und dadurch Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Bekämpfung der Massnahmen kapitalistischer Wirtschaftsverbände, die die Anpassung der Preise von Fertigwaren an die gesunkenen Rohstoffpreise verhindern. Kampf gegen die künstliche Hochhaltung der Kleinhandelspreise gegenüber den gesunkenen Grosshandelspreisen.
3. Einführung, Erhaltung und Ausbau einer hinreichenden Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen.
4. Gerechtere Verteilung der Arbeitsgelegenheit während der Krise durch Verkürzung der Arbeitszeit. Zum Ausgleich der verschärften Anspannung der Arbeitskräfte in der rationalisierten Wirtschaft ist die dauernde gesetzliche

Verkürzung der Arbeitszeit international anzustreben.

5. Um die politischen Quellen der Krisenverschärfung zu verstopfen, gilt es, alle Kräfte für die Sicherung des Friedens unter den Völkern zu mobilisieren, durch die internationale Abrüstung, durch die allgemeine Streichung der Kriegsschulden, durch die Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur, in welcher Form sie immer auftreten mag, durch die Sicherung der Demokratie, die die Grundlage jeder sozialen und freiheitlichen Politik ist."
-

SPD. Paris, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie der "Liberté" gemeldet wird, ist es in Französisch-Indien zu schweren Unruhen gekommen, die in der Hauptsache ihren Grund darin haben, dass ein grosser Teil der Hindu-Bevölkerung von Pondichery sich der Freiheitsbewegung Gandhis angeschlossen hat. Zwischen dem der Regierung treu gebliebenen Teil der Bevölkerung und den Hindu-Nationalisten kommt es nach der gleichen Quelle täglich zu blutigen Zusammenstössen. Insbesondere in den letzten Tagen sollen bei Lawspeth schwere Aufstände zu verzeichnen gewesen sein, in deren Verlauf das Haus des früheren Senators Gaeblee gestürmt und geplündert wurde. In dem Dorfe Soltanoncoupon kam es nach der Liberté ebenfalls zu Zusammenstössen, bei deren Sprengung zahlreiche Schwerverletzte auf der Strecke geblieben sein sollen.

SPD. Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab, die mit einer Trauerkundgebung für die Opfer der Grubenkatastrophe an der Saar eingeleitet wurde. Der Vorsitzende, Staatssekretär Dr. Zweigert, führte aus:

"Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung trauernd der Toten gedacht, die dem Bergwerksunglück von Alsdorf zum Opfer gefallen sind. An dem Tage, an dem sich die Erde über ihren Gräbern schloss, an dem die Trauerglocken in ganz Deutschland läuteten und die Flaggen auf Halbmast hielten, ist das deutsche Volk von dem neuen schweren Bergwerksunglück betroffen worden, das auf der Grube Maybach 100 Bergleute, Helden ihres Berufs, dahingerafft und ihre Hinterbliebenen in tiefe Trauer versetzt hat. Ich weiss, dass Menschenworte angesichts eines solchen Ereignisses verstummen müssen, aber ich muss es hier zum Ausdruck bringen und weiss mich darin mit Ihnen allen einig, das Gefühl der innigen Verbundenheit mit den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Es ist das Gefühl ehrfürchtiger Trauer um die Toten, die in treuer Erfüllung schwersten Berufes gestorben sind. Es ist das tiefe Mitgefühl mit den Hinterbliebenen und Verletzten und der Wunsch, ihnen ihren Schmerz und Kummer zu erleichtern, soweit das überhaupt in Menschenkraft steht. Es ist der Dank an die Kameraden und Rettungsmannschaften, die unter Einsatz des eigenen Lebens zur Rettung und Bergung der Verunglückten beigetragen haben. Es ist der Wunsch und die Hoffnung, dass alles geschehen möge, um solchen entsetzlichen Katastrophen für die Zukunft vorzubeugen. Meine Herren, das Leid, das unsere Bergleute an der Saar betroffen hat, ist auch unser Leid, ihre Trauer ist unsere Trauer und ihr Schicksal ist unser Schicksal. Und das, was uns von ihnen unterscheidet, ist nur das eine, dass wir das schöne menschliche Vorrecht haben vor ihnen, das schönste, was es gibt, Leid zu lindern. Das ist es, was ich in dieser Stunde des Gedenkens sagen möchte und was Sie, meine Herren, bestätigen, indem Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben, um im schweigenden Gedenken die zu ehren, die den Weg gegangen sind, den jeder von uns einmal gehen wird und den niemand zurückgeht."

SPD. Paris, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein geheimnisvolles Attentat auf einen Italiener namens Carti hat die Pariser Polizei auf die Spur einer antifaschistischen-kommunistischen Anarchisten-Organisation gebracht, die in Sartrouville in der Nähe von Versailles in einer idyllischen Villa ihr Lager aufgeschlagen hatte. Polizisten fanden vor zwei Tagen in Sartrouville einen bewusstlosen Mann mit einem Kopfschuss. Nachforschungen ergaben, dass der verwundete nachts einer nahe gelegenen Villa entflohen und einige Strassen weiter zusammengebrochen war. Die bezeichnete Villa fand die Polizei verlassen vor. In einem Zimmer lag auf einem Stuhl ein Revolver, die Möbel waren umgeworfen und grosse Blutlachen bewiesen, dass hier ein ehtsetzlicher Kampf stattgefunden haben musste. Die furchtbarste Entdeckung aber wurde in dem Keller des Hauses gemacht. Dort war ein Grab bereitet. Daneben standen sechs Säcke Zement, mit denen die Leiche verdeckt werden sollte.

Die Haussuchung in der Villa hat etwa 200 Kilogramm Propagandaschriften und Korrespondenz, darunter eine Anzahl kommunistischer Lehrbücher, wie "Der rote Parteikämpfer", "Der Klassenkampf", "Lehre des Bürgerkrieges" usw. zutage gefördert. Auch eine Anzahl von Pässen und Identitätspapieren wurden vorgefunden. Die Polizei hofft auf Grund dieser Unterlagen der Verbrecher von Sartrouville habhaft zu werden. Der Italiener Carti befindet sich auf dem Wege zur Besserung.

SPD. Die seit einiger Zeit zu beobachtenden Aufkäufe in Aktien der Thüringer Gasgesellschaft haben zu Kombinationen angeregt, wonach die Preussische Elektrizitätsgesellschaft (Preag) als Aufkäufer aufgetreten sei und zwar in Gemeinschaft mit den Sächsischen Werken. Ein Vorgehen Preussens und Sachsens wäre hinsichtlich einer Rationalisierung der Elektrowirtschaft in beiden Ländern nur zu begrüssen, besonders nachdem für die Thüringer Gasgesellschaft vor einigen Monaten die Gefahr bestand, mit Hilfe deutscher Grossbanken an das Ausland verhökert zu werden. Die amerikanischen Verhandlungen haben sich zer schlagen und es ist schon möglich, dass sich andere Interessenten für die Thüringer Gas gefunden haben. Allerdings zählt zu diesen Interessenten anscheinend nicht die öffentliche Hand. Diese Auffassung deckt sich mit dem, was uns von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird.

SPD. Aachen, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Oberbergamt Bonn hat über die Untersuchungen, die in den letzten Tagen in der Alsdorfer Unglücksaffäre vorgenommen worden sind, einen Bericht herausgegeben, in dem es u. a. heisst :

"Die Ursache der Explosion konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit einer Explosionsursache über Tage wie auch unter Tage und zwar hier im Bereich der östlichen Richtungsstrecke der 360 Meter-Sohle, wo Brüche gefallen sind, unter denen auch noch eine Benzollokomotive verschüttet ist. Eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion in den Abbaubetrieben der einzelnen Flöze, die inzwischen befahren worden sind, kann als ausgeschlossen angesehen werden. Unter den Brüchen liegen auch noch verschiedene Tote."

Der Zentralhilfsausschuss für die Opfer des Unglücks in Alsdorf hat beschlossen, den Angehörigen der Alsdorfer Opfer eine einmalige Beihilfe zu gewähren, die in zwei Raten ausgezahlt werden soll. Das gleiche soll für die Angehörigen der Verletzten geschehen. Ausserdem ist an eine Weihnachtsbeihilfe gedacht.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat dieser Tage an die Braunschweigische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf die Verfehlungen des braunschweigischen Nazi-Ministers Dr. Franzen die Sperrung der vom Reich zu leistenden Zuschüsse für die Braunschweigische Polizei in Aussicht stellte. Dieses Schreiben ist am Montag von Berlin abgegangen und am Dienstag in den Besitz der Braunschweigischen Staatsregierung gelangt. Achtundvierzig Stunden später hat es der Reichsminister des Innern für notwendig gehalten sein Schreiben zu interpretieren und zwar in dem Sinne, dass er sich mit ihm "den Weg zum Reichskabinettt habe offenhalten" wollen.

Eine merkwürdige Interpretation, merkwürdig unsomehr, als sie aus dem Munde des Reichsministers Dr. Wirth kommt. Irgend etwas muss sich in der Zeit zwischen der Ankunft des Briefes in Braunschweig und der Abgabe der merkwürdigen Erklärung hinter den Kulissen des Reichskabinetts getan haben. Aber was? Das Kabinettt selbst hat sich mit der Sache noch nicht befasst. Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, dass Dr. Wirth von ihm "zurückgepfiffen" worden ist, wie ein Teil der Rechtspresse argumentiert. Ausserdem sind die Polizeizuschüsse für Braunschweig inzwischen tatsächlich gesperrt worden. Andererseits kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die Interpretation des Briefes an die Braunschweigische Regierung, wie sie Herr Dr. Wirth hat kund tun lassen, einen Rückzug bedeutet, der die anfängliche Initiative des Reichsinnenministers gegen den braunschweigischen Naziminister in der Öffentlichkeit in einem eigenartigen Lichte erscheinen lässt. Es waren Widerstände aus dem Kabinettt heraus, Widerstände, an denen neben den rechtsgerichteten Herren der Regierung auch der Reichskanzler nicht unbeteiligt gewesen sein soll, die Herrn Dr. Wirth einen Rückzug ratsam erscheinen liessen. Aus ihm geht hervor, dass die Massnahme des Reichsinnenministers gegen Braunschweig demnächst das Kabinettt beschäftigen wird.

+ + +

Das Organ des "Jungdeutschen Ordens" teilt mit, dass der volksnationale Abgeordnete des Braunschweigischen Landtags, Schrader, für einen Misstrauensantrag gegen den Nazi-Minister Franzen "überhaupt erst dann" stimmen werde, wenn eine restlose gerichtliche Klärung der Franzen vorgeworfenen Verfehlungen erfolgt ist.

SPD. Wien, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die christlichsozialen und Heimwehr-Blätter melden übereinstimmend, dass Major Pabst bereits die Erlaubnis zur Rückkehr nach Österreich erhalten habe. Wann er davon Gebrauch machen werde, sei noch unbestimmt. Inzwischen hat Minister Starhemberg erklärt, dass Pabst schon demnächst zurückkehren werde.

SPD. Paris, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Ablehnung der nationalistischen Anträge im Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat in Paris das beruhigende Gefühl verstärkt, dass nach dem katastrophalen Ausfall der Reichstagswahlen die Vernunft in Deutschland doch wieder die Oberhand gewonnen zu haben scheint.

Man ist sich zwar vollkommen darüber im klaren, dass Deutschland deshalb noch nicht auf das Verlangen einer Revision der Verträge verzichtet habe, aber schon die Tatsache, dass auch der neue Reichstag Deutschland nicht zum gefährlichen Störenfried in Europa ausarten lassen will, hat hier wesentlich zu einer Beruhigung der Gemüter beigetragen. Es wäre ein ungeheurer Betrug für einen der beiden Partner gewesen, schreibt der "Temps", wenn sich Deutschland jetzt den Lockungen Mussolinis angeschlossen hätte, der mit den Mitteln größter Erpressung sofort greifbare Erfolge für den Faschismus herauszuschlagen

versucht. In Berlin wisse man genau was man wolle, fährt das Blatt fort, man wisse auch, dass Mussolini keinen Finger mehr für die Revision der Verträge rühren würde, wenn er mit Hilfe eines seinen Zwecken dienstbaren Deutschland die erwünschten Konzessionen von Frankreich habe erpressen können.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags setzte am Donnerstag inbezug auf die Regelung der Diäten einen Unterausschuss ein, der ein neues Diätengesetz möglichst im Einverständnis mit dem Preussischen Landtag ausarbeiten soll. In dem Gesetz soll die Relation der Diäten zu den Ministergehältern aufgehoben und eine Kürzung der Diäten, wie sie schon provisorisch beschlossen worden ist, endgültig festgestellt werden. Strittig blieb die Frage, ob eine Anrechnung von Beamtenegehältern auf die Diäten oder ein Unterschied zwischen den in Berlin und ausserhalb wohnenden Abgeordneten oder eine Berücksichtigung der Privat einkommen überhaupt inbetracht gezogen werden soll.

Bei der Besprechung der Platzverteilung im Sitzungssaal auf die einzelnen Parteien ergab sich wieder, wie schon früher, eine Differenz zwischen der nationalsozialistischen Partei und der deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen verlangten mit der Begründung, dass sie die am meisten rechts gerichtete Partei seien, die Plätze im äussersten Block der Rechten. Die Nationalsozialisten wollten dies nicht zugestehen und erklärten, dass sie die radikalere oder extremere Parteirichtung seien. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, bleibt es bei der bisherigen Verteilung. Nur erhalten die sechs Abgeordneten der Volksnationalen Reichsvereinigung (Jungdo) auf ihren Wunsch die Plätze zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Christlichsozialen Volksdienst zugewiesen, während sie bisher ihre Plätze bei der Deutschen Staatspartei hatten.

Ferner regten die Kommunisten und die Nationalsozialisten aufs neue die frühere Einberufung des Reichstags an. Die Mehrheit des Ältestenrats stellte sich aber auf den Standpunkt, dass der bisherige Beschluss (Wiederzusammentritt am 3. Dezember) rechtsgültig gefasst sei und nicht geändert werden soll. In der Erörterung hierüber wurde auch über die Auslegung des Artikels 24 der Reichsverfassung (Zusammentritt des Reichstags auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder) gesprochen. Es wurde der einstimmigen Meinung der Verfassungsjuristen zugestimmt, dass dieser Artikel sich nur auf die Fälle von Tagungsabschnitten des Reichstags bezieht, die aber in den letzten zehn Jahren nicht mehr praktisch geworden sind, da der Reichstag dauernd präsent ist und Sessions Abschnitte nicht mehr kennt.

Der Geschäftsordnungsausschuss wurde um eine Durchsicht der Geschäftsordnung ersucht, durch welche die Institution des Alterspräsidenten, die Praxis bei namentlichen Abstimmungen und bei Abstimmungen über Misstrauensanträge sowie andere strittige Fragen einer Klärung zugeführt werden sollen.

Der Antrag, Tonfilme im Reichstag aufzunehmen, fand keine Sympathie. Dagegen sollen mit dem Rundfunk nochmals Verhandlungen darüber angeknüpft werden, ob sich eine teilweise Uebertragung der Reichstagsitzungen im Rundfunk ermöglichen lässt.

SPD. Paris, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der neue Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, ist nach kurzem Besuch seines Kollegen von der Bank von England wieder nach Paris zurückgekehrt. Er wird am nächsten Montag die Reise nach Berlin antreten, um dem Reichsbankpräsidenten Luther seine Aufwartung zu machen. Dabei wird in Paris noch einmal amtlich betont, dass es sich um einen Höflichkeitsbesuch handele.

Immerhin darf man aber wohl annehmen, dass sich die Bankgewaltigen nicht nur über Literatur und Kunst unterhalten. Die gesamte Pariser Fachpresse kün-

dingt an, dass man eifrig damit beschäftigt sei, die grossen Geld- und Kredit-Probleme durch eine gemeinsame Aktion der Notenbanken einer Lösung zuzuführen. Frankreich insbesondere habe keineswegs die Absicht, möglichst grosse Goldbestände in den Kellern seiner Notenbank aufzuhäufen. Im Gegenteil, es sei für den Notenumlauf in Frankreich recht ungünstig, wenn die starken Kapitalzuflüsse aus dem Ausland weiter anhielten. Deshalb habe auch Frankreich vor wenigen Wochen noch in Amsterdam eine grosse Hypothekenbank gegründet, die dazu bestimmt sei, Kredite namentlich nach Deutschland und Mitteleuropa zu geben. Wenn die Bank sich in der ersten Zeit ihres Bestehens nicht so entwickelt habe, wie man es gewünscht hätte, so liege die Ursache an den unsicheren politischen Verhältnissen. Es sei ganz selbstverständlich, dass die Vorbedingung für eine grössere Kreditaktion in der Beruhigung der seit Wochen getrübtten politischen Atmosphäre liegen müsse.

SPD. Die Urabstimmung der streikenden Metallarbeiter im Berliner Metallkonflikt hatte folgendes Ergebnis: An der Abstimmung beteiligten sich 73 278; für Fortführung des Streiks stimmten 32 847 und für Annahme der Vereinbarung zwischen den Metallindustriellen und den Gewerkschaften stimmten 40 431. An der Abstimmung haben sich 62 165 nicht beteiligt. Damit ist der Streik beendet und die Wiederaufnahme der Arbeit sicher.

Die Berliner Metallarbeiter haben sich also von den Kommunisten nicht aufs Glatteis locken lassen. Sie haben realpolitisch der Situation Rechnung getragen und sich gesagt, der von den Gewerkschaften erkämpfte bisherige Erfolg im Abwehrkampf gegen einen untragbaren Schiedsspruch ist besser als Illusionen und Versprechungen unverantwortlicher kommunistischer Krakeeler. Berücksichtigt man, dass sich über 60 000 an der Abstimmung nicht beteiligten, d.h. also bestimmt nicht für Weiterführung des Streiks, sondern für Annahme der Vereinbarung sind, dann ist nicht nur ein Plus von rund 10 000, sondern sogar eine überwältigende Mehrheit von über 100 000 gegen die Durchführung der kommunistischen Parole festzustellen.

Der Ausgang der Urabstimmung zeigt, dass der Deutsche Metallarbeiterverband trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen er seit Jahr und Tag in Berlin organisatorisch zu kämpfen hat, doch fester dasteht, als manche Leute nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch im bürgerlichen Lager vermuten. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in Berlin - das war schon seit längerer Zeit zu beobachten - zweifelloos an innerer Festigkeit und Anziehungskraft gewonnen. Der eiserne Wille der Führung, die sich trotz gemeinster kommunistischer Beschimpfungen nicht von dem von ihr als richtig erkannten Weg abbringen liess, hat sich behauptet, und er wird - dessen sind wir sicher - der freiorганиzierten Metallarbeiterbewegung in Berlin einen neuen mächtigen Auftrieb sichern.

Der Verband wird das durch die Abstimmung ihm von der Metallarbeiterschaft bekundete Vertrauen in der Fortführung des Kampfes um eine erträgliche Gestaltung der Löhne rechtfertigen. Er steht auf der Wacht.

SPD. Friedrichshafen, 30.Okt. (Eig.Dr.)

Das Dornier-Flugschiff "Do X" wird voraussichtlich schon Sonnabend oder Sonntag seinen Etappenflug nach Amerika antreten. Der Flug soll zunächst den Rhein aufwärts bis Amsterdam und von dort über Lissabon, die Azoren und Bermudas-Inseln nach New York führen.

SPD. In der Donnerstag-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats gab der Reichsaussenminister in Erwiderung auf eine Anfrage des sächsischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Gradnauer über die deutschfeindlichen Kundgebungen in Prag und den Boykott deutscher Tonfilme folgende Erklärung ab:

"Die Vorgänge in Prag haben das deutsche Volk mit Recht erregt und empört. Erfolge deutscher Tonfilme waren Anlass zu wüsten Demonstrationen und Ausschreitungen gegen deutsche Kunst, gegen das Deutschtum überhaupt. Die Boykottbewegung gegen den deutschen Tonfilm ist vom Magistrat der Stadt Prag und dem grössten Teil der tschechoslowakischen Presse gebilligt worden.

Unmittelbar nach den ersten Demonstrationen hat der deutsche Gesandte in Prag bei der dortigen Regierung interveniert. Ich habe in Genf den tschechoslowakischen Aussenminister Dr. Benesch auf die ernstesten Folgen der Vorgänge hingewiesen. Mit Genugtuung kann ich feststellen, dass die für die tschechoslowakische Aussenpolitik verantwortlichen Stellen die Ausschreitungen vorbehaltlos missbilligt haben. Der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Benesch hat sie auch in seinen Erklärungen vor dem Auswärtigen Ausschuss des Prager Parlaments auf das Schärfste verurteilt. Ich begrüesse diese Erklärungen im Interesse guter nachbarlicher Beziehungen zur Tschechoslowakei.

Leider ist ihnen nicht die Wiederaufführung deutscher Tonfilme in Prag gefolgt. Darin liegt eine schwere Benachteiligung deutscher Kunsterzeugnisse. Dieser Zustand hat selbstverständliche Rückwirkungen in Deutschland zur Folge. Gleich nach den deutschfeindlichen Kundgebungen haben deutsche Künstler ihr Auftreten in Prag abgesagt, deutsche Sportvereine ihre Mitwirkung an Sportveranstaltungen abgelehnt, deutsche Kunststätten gegenüber tschechoslowakischen Künstlern, die die grösseren Resonanzmöglichkeiten Deutschlands für sich nutzbar zu machen wünschen, kühle Zurückhaltung geübt. Diese Haltung deutscher Kunst und deutscher Sportkreise war bei der ganzen Sachlage selbstverständlich. Sie wird solange weiter dauern, bis eine Änderung in Prag zu beobachten ist. In der Tat verträgt es sich nicht mit der Würde der deutschen Kultur, ihre Leistungen in einem Lande zu zeigen, in dem soeben aus Deutschenhass eine deutsche Kunststätte, wie das Deutsche Theater in Prag, böswillig beschädigt worden ist. Es verträgt sich ebensowenig mit der Würde der deutschen Kultur, den Kunstwerken von Angehörigen eines Volkes besondere Förderung und Pflege angedeihen zu lassen, in deren Hauptstadt die Vorführung deutscher Kunsterzeugnisse durch Terrorakte verhindert wird. Es verträgt sich auch nicht mit der Würde des deutschen Sports, sich in Wettkämpfe mit den Sportverbänden eines Volkes einzulassen, bei dem die Deutschfeindlichkeit gewisser Kreise so offen zutage tritt.

Solche Feststellungen sind schmerzlich. Die deutsche Aussenpolitik muss eine baldige Änderung dieser Verhältnisse wünschen. Sie erwartet im Interesse des kulturellen Austauschs mit dem Nachbarvolk, mit dem sie gute Beziehungen weiterpflegen möchte, dass in Prag und der tschechischen Bevölkerung die Würde der deutschen Kultur und die Bedeutung des Deutschtums nicht länger verkannt werden."

SPD. Boizenburg, 30. Oktober (Eig. Dr.)

Wie aus dem mecklenburgischen Elbegebiet gemeldet wird, ist auch hier in nächster Zeit mit Hochwassergefahr zu rechnen. Die Hochwasserwelle dürfte zunächst die Strecke Dömitz-Boizenburg erreichen und einen Wasserstand von mehr als 2,5 Meter bringen.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat an den Reichstagspräsidenten Lobe einen Brief gerichtet, in dem sie über Korrekturen, die der nationalsozialistische Abg. Graf Reventlow an dem Stenogramm seiner Reichstagsrede vom

18. Oktober vorgenommen hat, Beschwerde führt. In der betreffenden Rede hatte Graf Reventlow zum Zentrum gewandt erklärt, die Jugend würde aus der Kirche marschieren. In dem amtlichen Bericht über diese Sitzung hat er diesen Satz in folgender Weise geändert: "Ich möchte als meine Ansicht mit Besorgnis und Bedauern dahin aussprechen: die Jugend wird ihnen aus der Kirche herausmarschieren, was wir wahrlich nicht wünschen."

Reichstagspräsident Löbe hat in seinem Antwortschreiben an die Zentrumsfraktion darauf hingewiesen, dass der Zusatz "was wir wahrlich nicht wünschen" von dem Grafen Reventlow in das amtliche Protokoll eingefügt worden ist. Darauf hin hat die Zentrumsfraktion den Reichstagspräsidenten in einem weiteren Schreiben gebeten, den Grafen Reventlow zu veranlassen, dass seiner Rede in dem amtlichen Protokoll eine Berichtigung nach § 110 der Geschäftsordnung beigelegt wird.

Was Reventlow sich geleistet hat, ist eine Fälschung. Aus rein agitatorischen Gründen brachte er es fertig, den Sinn seiner Rede durch eine Fälschung in das Gegenteil zu verkehren.

SPD. London, 30. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die konservative Partei-Versammlung, die sich am Donnerstag mit der Frage beschäftigte, ob Baldwin weiterhin die Führung der Konservativen Partei behalten oder von seinem Amt zurücktreten sollte, entschied sich mit 462 gegen 116 Stimmen für Baldwin. Vor der Abstimmung entfernte sich Baldwin aus der Versammlung.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In Verfolg der seit einiger Zeit im Gange befindlichen Besprechungen der Reichsregierung mit den Länderregierungen fand am Donnerstag eine nochmalige Besprechung des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsfinanzministers Dietrich mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held statt. Zur Erörterung standen Fragen des Wirtschafts- und Finanzplans der Reichsregierung und des Ausgleichs des bayerischen Haushalts. Ähnliche Besprechungen über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung finden am Freitag in Berlin mit den mitteldeutschen Ländern und den Hansestädten und am Sonnabend in Dresden mit der Sächsischen Staatsregierung statt.

+ + +
Die Besprechung des Reichskanzlers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten führte zu einem Einvernehmen. Bayern erhält vom Reich einen Betrag von 5,8 Millionen Reichsmark, den es zum Ausgleich seines Etats benötigt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Zum Abschluss des Bombenlegerprozesses.

SPD. Herr Otto Strasser, der nach dem Hinauswurf aus der Hitlerpartei die Zahl der Sektierer in Deutschland vermehrt, gehört zu den Aufgeregten. Für ihn ist Politik nicht denkbar ohne Verschwörung, geheimnisvolle Autos und krachende Bomben. Nach der Enthüllung der Schwäche seiner Stellung nach dem Hinauswurf bei Hitler ist er zunächst ruhiger geworden. Sein Tatendrang warf sich auf die Revolution der Männerkleidung unter der Parole: Die Zukunft gehört den Kragenlosen.

Als jedoch der Berliner Metallarbeiterstreik begann, hat er schleunigst die Hemdkragenrevolution aufgegeben und ist zu seiner alten Liebe, den Bomben, zurückgekehrt. Er hat in seinem Blatt den Berliner Metallarbeitern gute Lehren erteilt, wie man es machen soll. Und siehe da, es waren die Lehren die Anarchosyndikalismus, der Provokation und des Lockspitzeltums. Um nicht mit dem Staatsanwalt zu kollidieren, hat er diese Ratschläge in die Form einer Erzählung gekleidet:

Drei amerikanische Arbeiter in Boston beschliessen, einen Streik herbeizuführen. Sie bilden eine Verschwörung und werfen Dynamitbomben in das Hauptelektrizitätswerk. Schwer bewaffnet nehmen sie die wenigen Arbeiter der Elektrizitätszentrale gefangen, entführen sie auf gestohlenen Autos und setzen sie in den Wäldern aus. Die Pointe lautet: "Die Entführten fanden in ihren Taschen folgenden Zettel: Die Arbeiterschaft ist mit dem heutigen Tage in Streik getreten, sie erkennt die masslosen Forderungen der Unternehmer nicht an. - Die Arbeiter aber, die vor der Tat der Unbekannten einen grossen Respekt bekommen hätten, wollten nicht nachstehen an Kampfwillen und erklärten sich solidarisch mit ihnen."

Haben diese Leute eine Ahnung von der deutschen Arbeiterbewegung! Was sie so empfehlen, ist genau dieselbe Methode, die die Schleswig-Holsteinischen Bombenwerfer angewandt haben. Das Urteil gegen diese Bombenwerfer wird demnächst ergehen. Ihre Verteidiger suchen sie vor dem Zuchthaus zu retten mit der Behauptung, ihre Tat sei auf einen "ausserordentlichen Volksnotstand" zurückzuführen und müsse deshalb straffrei bleiben. Dieser rechtlichen Konstruktion stimmt die gesamte bürgerliche Rechtspresse mit Begeisterung zu.

Wir fragen nun: Was würde die bürgerliche Rechtspresse sagen, wenn einige Arbeiter auf das Lockspitzeltum von Strasser und Co, hereinfallen würden? Würde sie dann ebenfalls einen Volksnotstand für gegeben erachten und für Straffreiheit eintreten?

Das Kriegsspiel und seine Folgen.

Die Militärspielerei breitet sich immer weiter aus. Sie hat bereits über die Wehrverbände hinausgegriffen und dringt in andere Organisationen ein. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Bautzen hat für den 31. Oktober zu einem Geländespiel aufgefordert. In seinem Rundschreiben heisst es:

"Ich muss im voraus die Teilnehmerzahl zur Einteilung des Schlachtplanes wissen. Am nächsten Heimabend werden die Hauptleute gewählt, dann tritt die Heeresleitung zur Beratung zusammen, Kriegsgeheimnisse dürfen nicht verraten werden."

Diese unverantwortliche Spielerei zeitigt verderbliche Folgen. Hier ein Beispiel: Drei Schüler der Ingenieurschule in Altenburg gingen mit einem Teusching bewaffnet in den Wald, um den Mut, den ein jeder im Kriegsspiel habe,

zu erproben. Man schoss aufeinander aus einer Entfernung von fünfzig Metern, ein jeder musste das Bleigeschoss auf seinem Rücken aufprallen lassen. Einer der Beteiligten erlitt eine schwere Verletzung an der Schädeldecke, ein zweiter einen schweren Schuss in den Unterleib. Diese Mutprobe - das ist die Folge der Kriegs- und Militärspielerei!

Zwei Glanznummern vom Hakenkreuz.

Die Hakenkreuzler von Schweinfurt zählen zu den Ihrigen den pensionierten Polizeioberwachmeister Christian Pensel. Dieser Mann ist ein gewöhnlicher Denunziant. Im März 1930 war er gezwungen, den folgenden Brief an das Hauptversorgungsamt Würzburg zu schreiben :

"Im Monat September 1929 wurde ein Schreiben ohne Unterschrift an das Hauptversorgungsamt Würzburg gerichtet, in dem der X.Y. in Schweinfurt schwer beschuldigt wurde. Er wurde bezichtigt, er würde grosse Fuss- und Radtouren machen, Tanzen, Kegeln usw. und überhaupt Leistungen ausführen, die nur ein ganz gesunder Mensch auszuführen vermag. Er würde also seine Militärrente zu Unrecht beziehen und diese nur durch Schwindel erhalten. Dieses Schreiben habe ich, Unterzeichneter, unterschrieben und abgesandt. Diesen Schritt getan zu haben, bedauere ich sehr und gestehe offen und unumwunden zu, dass keine der aufgestellten Behauptungen der Wahrheit entspricht und ich Herrn X.Y., der ein durch aus rechtschaffener Mann ist, in allen Punkten sehr unrecht getan habe. Ebenso bedauere ich, das Hauptversorgungsamt mit dieser unseligen Sache belästigt und die Unwahrheit unterbreitet zu haben. Ich bitte das Hauptversorgungsamt im Verzeihung. Hochachtungsvollst Christian Pensel.

So sieht ein Anhänger des dritten Reiches aus!

+ + +
Der Geschäftsführer der nationalsozialistischen Ortsgruppe in Lübeck ist ein gewisser Alfred Grünh. Dieser Mann hat folgendes Strafregister:

Sechs Wochen Gefängnis wegen Diebstahls vom Schöffengericht Bremen 1920.
1 Monat Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe wegen Betruges vom Schöffengericht Lübeck 1921.
4 Monate Gefängnis wegen Betruges vom Schöffengericht Bremen 1921.
2 Monate Gefängnis wegen Betruges und Diebstahls vom Landgericht Berlin 24
80 Mark Geldstrafe wegen Freiheitsberaubung und Beleidigung vom Amtsgericht Lübeck 1927.

Dieser Mann ist bestimmt der Richtige für die Reinigung und Erneuerung des Deutschen Reiches!

Zurück hinter 1860.

Die deutschen Hakenkreuzler betrachten ihre Abart des Faschismus als Exportware. Wie sie in Deutschland die Judenhetze führen, so empfehlen sie den Amerikanern verstärkte Hetze gegen die Neger. Der "Völkische Beobachter" setzt ihnen auseinander, dass Abraham Lincoln mit der Abschaffung der Negerklaverei in Amerika eine furchtbare Gefahr für sie heraufbeschworen habe. Die kulturelle Rückständigkeit der Nationalsozialistischen Bewegung kann nicht besser zum Ausdruck kommen als in diesem Versuch, die Geschichte hinter 1860 zurückzudrehen! Wann werden sie die Wiedereinführung der Leibeigenschaft in Deutschland fordern?

Aus aller Welt

Fürst Saueremann, ein Prophet unserer Zeit.

Ein Hochstapler gründet den Aran-Staat - aber nur in der Luft. Der Titelhändler von Jena versteht sein Geschäft und die Zeichen einer kranken Zeit.

SPD. In Weimar wird in den nächsten Tagen wohl einer der merkwürdigsten Prozesse verhandelt werden, der je ein deutsches Gericht beschäftigt hat. Unter Anklage steht ein Jenenser Landwirt, der auf den alltäglichen Namen Saueremann hörz. Es werden ihm Betrugs- und Schwindelmanöver kurioser Art zum Vorwurf gemacht. Es gibt sehr viele Leute, die Herrn Saueremann glattweg für verrückt erklären; andere wieder, die Skeptiker, halten den Irrsinn Saueremanns nur für vorgetäuscht und sind der Ansicht, dass sich unter seiner schützenden Hülle eine kriminelle Gerissenheit von nicht alltäglichem Ausmass verberge. Die Untersuchung gegen Saueremann lief insgesamt fünf Jahre, es muss also eine sehr schwierige Materie sein, die Herrn Saueremanns rentabilisierter Irrsinn den Gerichten zu klären aufgegeben hat.

"Glimmende Lichtkegel"

Herr Saueremann, der sich auch gern Professor und Doktor nennt, hat eine buntbewegte Vergangenheit hinter sich. Eines Tages, als ihm die Erleuchtung kam, hängte er seinen nahrhaften Landwirtschaftsberuf an den Nagel und gab eine seltsame obskure Zeitschrift heraus, der er den lieblichen Namen "Glimmende Lichtkegel" gab. Was man Herrn Saueremann gleich vor Herausgabe der ersten Nummer hätte sagen können, - die "glimmende Lichtkegel" hatten sich bald ausgekegelt. Aber Saueremann verzweifelte nicht. Er liess seine Zeitschrift eingehen und wurde Wanderprediger, ein Geschäft, dass sich so vorzüglich rentierte, dass Saueremann es trustmässig aufzog und eine "Reiseemissionsgesellschaft m.b.H." gründete; die die löbliche Aufgabe hatte, eine sogenannte Universalkirche zu schaffen, die sowohl Bischöfen, Pfarrern als auch Rabbinern vollauf gerecht werden sollte. Aber dieses grosszügige Unternehmen zerschlug sich, weil die Religionsgesellschaften dem genialen Projekt des modernen Messias mit grossem Misstrauen gegenüber standen.

Nun ging Saueremann, über so viel Verständnislosigkeit seiner Umwelt tief ergrimmt, mit Energie aufs Ganze. Was Benito Mussolini mit Rhizinusöl und Meuchelmord recht ist, musste auch Herrn Saueremann billig sein. So beschloss er denn im Zeitalter der Usurpatoren ein kleiner Diktator zu werden. Da ihm aber weder Waffen, noch genügend Geld, noch Menschen zur Verfügung standen, um das Saueremannsche Reich auf Erden zu begründen, beschloss er, es mit Güte, bzw. mit Titeln zu versuchen.

Prima Titel zu Saisonpreisen - -!

Herr Saueremann war ein Diplomat und wusste um die Schwächen seiner lieben Mitmenschen. So ging er denn hin und gründete ein konfuse Unternehmen, dem er den beräuschenden Titel "Aran-Staat" gab. In diesem landlosen Staat, dem der unternehmungslustige Saueremann kraft eigener Ermächtigung als Primus vorstand und den er auf Gedeih und Verderb durch alle Wirrnisse dieses Jahrhunderts zu leiten gedachte, hatte man auf etwas besonders Gewicht gelegt: auf die Verleihung zugkräftiger Titel. Bei all seinem Idealismus war nämlich Saueremann auch geschäftlich nicht unbegabt. Die massenhaften Titelverleihungen, mit denen "Fürst Saueremann" nur so um sich warf, brachten ihm die nette Summe von 25 000 Mark ein. Dabei waren die Titelpreise weise abgestuft. Eine echte Excellenz kostete 350,75 Mark, ein Baron war nicht unter 200 Mark zu haben und

selbst die lumpigen Doktoren mussten für ihren Ehrentitel 150 deutsche Reichsmark bezahlen.

Das Geheimnis von Chêre-Mypé.

Eine besondere Spezialität des "Aran-Staates" war das Gründen von "Universitäten" in aller Welt. So zog Prophet Sauermaun in Amerika, in Indien und in Frankreich Universitäten in beängstigender Fülle auf. Was aber diesem Universitätsgewerbe einen mysteriösen, fast überirdischen Schimmer gab, war die Tatsache, dass er Städte erfand, die selbst der findigste Geograph auch nicht mit Hilfe eines Scherenfernrohrs aufzufinden in der Lage war. So gab er eines Tages seinen Getreuen kund und zu wissen, dass er in Südfrankreich und zwar in Chêre-Mypé, angeblich einer Stadt von 150 000 Einwohnern, eine Universität ins Leben gerufen habe. Es setzte begreiflicherweise ein Rätselraten neugieriger Franzosen um Chêre-Mypé ein, denn noch niemand hatte von der Existenz dieser rätselhaften Stadt bisher erfahren. Selbstverständlich waren Chêre-Mypé und seine Universität die ureigenste Erfindung des entfesselten Propheten Sauermaun.

Der hinterpommersche Maharadschah.

Wie es sich für eine echte Majestät geziemt, hatte Sauermaun neben seinem Hofstaat auch eine Art Ministerium. Als sozusagen repräsentatives Oberhaupt des Aran-Staates fungierte ein Tierarzt aus Hinterpommern, den der Zahn der Zeit gleichfalls ein wenig angenagt hatte. Dieser Tierarzt, der mit seinem Chef erfolgreich um die Palme konkurrierte, der Verrückteste im Ländchen Aran zu sein, legte sich in einem Anfall von Nero-Wahnsinn selbst den Titel eines "dreifachen Souveräns" zu. Der Tierarzt, vom Fluidum seines Meisters Sauermaun all zu mächtig ergriffen, trug ständig eine Visitenkarte mit sich herum, auf der er sich unter anderem als "Präsident der Aranischen Universitäten", als "Grossmeister des Aranischen Ordens" und nebenbei auch als "bevollmächtigter Maharadschah von Indien" bezeichnete. Was es heute mit Sauermauns Tierarzt auf sich hat, weiss niemand. Wahrscheinlich ist er in einer der zahlreichen geschlossenen Anstalten des Landes untergetaucht.

Um ein besonders charakteristisches Detail dieser Wahnsinnsgründung noch beiläufig zu erwähnen=: die Araniden gaben sogar eigenes Geld heraus, das zu ihrem tiefen Leidwesen jedoch kein einziger Bürger in Zahlung nehmen wollte. Auch dieses Geldunternehmen der Sauermaun steht jetzt unter Anklage.

K.K.B.

+ + +

Giftmörderin aus Habgier.

Das Rätsel von Schwabmünchen - Magdalenas Erbschaft - Seltsame Verschwendungssucht - Entmündigungsverfahren - Das Gift in der Einlaufsuppe.

SPD. Am 5. November beginnt vor dem Augsburger Schwurgericht ein sensationeller Mordprozess. Es ist Anklage erhoben gegen die 53 Jahre alte Frau Magdalena Lutzenberger, die sich wegen zwei Verbrechen des vollendeten und fünf Verbrechen des versuchten Mordes zu verantworten hat.

In dem kleinen schwäbisch-bayerischen Landstädtchen Schwabmünchen wurde vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1929 die Bevölkerung durch eine ganze Serie von Giftmordversuchen in Aufregung versetzt. Man kam der Mörderin, der Frau Magdalena Lutzenberger, nur deshalb auf die Spur, weil sie zum Schluss ihr grauenhaftes Handwerk allzu sorglos betrieb. Doppelter Tod in der Familie der Frau Lutzenberger und fortgesetzte Magenerkrankungen in einer anderen Familie lenkten die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei rasch auf Magdalena Lutzenberger, die Alleinschuldige. Das entsetzliche Morddrama begann mit dem Tode des Stiefvaters, der Frau Lutzenberger, im August 1928, eines Pferdehändlers namens Zerle. Niemand dachte damals an einen gewaltsamen Tod. Die Witwe wurde Alleinerbin, die Stieftochter Magdalena bekam 600 Mark. Wenige Monate später machte die

Witwe Zerb ein notarielles Testament, durch das ihre Tochter Magdalena als Alleinerbin mit der Verpflichtung eingesetzt wurde, jedem ihrer vier Kinder ein Vermächtnis von 2000 Mark unter hypothekarischer Sicherheit auf das Anwesen auszusahlen. Die Kinder sollten ausserdem das Recht haben, unentgeltlich in Anwesen wohnen zu dürfen, so lange sie ledig seien.

Wenige Tage nach der Beglaubigung dieses Testaments durch den Notar starb die Mutter der Frau Lutzenberger. Niemand zweifelte an ihrem natürlichen Tode. Magdalena Lutzenberger trat die Erbschaft an - aber sie tat das auf eine so verschwenderische Weise, dass nicht nur ihr eigener Sohn Joseph auf schnellste Auszahlung des grossmütterlichen Vermächtnisses drang, sondern auch der Ortsfürsorgeverband Schwabmünchen die Entmündigung der Magdalena Lutzenberger beantragte. Im April 1929 wurde Frau Lutzenberger unter vorläufige Vormundschaft gestellt, im selben Monat beantragte der bestellte Vormund die Eröffnung des Konkurses, dem Antrag wurde stattgegeben.

Im Hause der Frau Lutzenberger wohnte auch der Stadtobersekretär Schrott mit seiner Frau, ferner die Schwiegermutter Schrotts und eine Nichte der Frau. Frau Lutzenberger pflegte die Milch für die Familie Schrott zu besorgen und gleichzeitig abzukochen. Mitte April erkrankten die Mitglieder der Familie Schrott, was sich in wiederholtem Erbrechen und in sonstigen Magenbeschwerden äusserte. Die Uebelkeitserscheinungen wiederholten sich in den folgenden Tagen und nun schöpfte der behandelnde Arzt Verdacht. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurde die von der Frau Lutzenberger besorgte Milch chemisch untersucht. Ergebnis: erheblicher Arsengehalt. Bei einer Haussuchung bei Frau Lutzenberger fand man ein Gläschen des Giftes.

Bei den weiteren Erhebungen fiel auf, dass auch die vier Kinder der Frau Lutzenberger nach dem Genuss des Morgenkaffees oder einer Einlaufsuppe zum Frühstück wiederholt an Vergiftungserscheinungen erkrankt waren. Das alles war so merkwürdig, dass die Staatsanwaltschaft zu der Vermutung kommen musste, dass man es hier mit einer abgefeimten Giftmörderin zu tun habe, und dass vor allen Dingen Mutter und Stiefvater der inzwischen Verhafteten keines natürlichen Todes gestorben sein könnten. Die beiden Leichen wurden exhumiert und - tatsächlich - ergab die langwierige chemische Untersuchung der Leichenteile des Stiefvaters eine absolut tödlich wirkende Menge von Arsen; ebenso fand sich Arsen in der Leiche der Mutter.

Inzwischen wurde Frau Lutzenberger auf ihren Geisteszustand untersucht. Das Gutachten lautet, dass Magdalena Lutzenberger für die ihr zur Last gelegten Verbrechen voll verantwortlich zu machen ist.

+ + +
Der Tod in der Schule. Ein tragischer Unfall hat sich am Mittwoch in einer Pariser Volksschule ereignet. Während der Pause waren zwei 12jährige Schüler aneinandergelassen und hatten sich nach Kräften verprügelt. Der Aufsicht führende Lehrer hatte die beiden Kampfhähne sofort getrennt und zur Strafe in eine Ecke gestellt. Beim Wiederbeginn der Schulstunde erlitt einer der beiden Knaben einen Ohnmachtsanfall und starb unter den Händen des erschreckten Lehrers. Die ärztliche Untersuchung der Leiche soll ergeben, ob der Knabe an den Folgen der Prügelei gestorben ist.

+ + +
Verwandte als Verbrechergeiseln. Der neue Chicagoer Polizeichef hat zur Bekämpfung der dortigen Verbrecherwelt angeordnet, die Frauen und nächsten Verwandten der jeweils gesuchten Verbrecher festnehmen zu lassen und sie als Geiseln zu behalten, bis sich die ordnungsfeindlichen Elemente selbst gestellt haben.

+ + +
Die schlesische Wassernot. Im Riesengebirge ist Tauwetter eingetreten. Infolge der Schneeschmelze ist die Hochwassergefahr, durch die ohnedies schon halb Schlesien verwüstet ist, noch erhöht. Es gibt kaum einen Gebirgsfluss, der noch nicht über seine Ufer getreten ist. Ratibor ist jetzt tatsächlich vom Ver-

selbst die lumpigen Doktoren mussten für ihren Ehrentitel 150 deutsche Reichsmark bezahlen.

Das Geheimnis von Chêre-Mypé.

Eine besondere Spezialität des "Aran-Staates" war das Gründen von "Universitäten" in aller Welt. So zog Prophet Saueremann in Amerika, in Indien und in Frankreich Universitäten in beängstigender Fülle auf. Was aber diesem Universitätsgewerbe einen mysteriösen, fast überirdischen Schimmer gab, war die Tatsache, dass er Städte erfand, die selbst der findigste Geograph auch nicht mit Hilfe eines Scherenfernrohrs aufzufinden in der Lage war. So gab er eines Tages seinen Getreuen kund und zu wissen, dass er in Südfrankreich und zwar in Chêre-Mypé, angeblich einer Stadt von 150 000 Einwohnern, eine Universität ins Leben gerufen habe. Es setzte begreiflicherweise ein Rätselraten neugieriger Franzosen um Chêre-Mypé ein, denn noch niemand hatte von der Existenz dieser rätselhaften Stadt bisher erfahren. Selbstverständlich waren Chêre-Mypé und seine Universität die ureigenste Erfindung des entfesselten Propheten Saueremann.

Der hinterpommersche Maharadschah.

Wie es sich für eine echte Majestät geziemt, hatte Saueremann neben seinem Hofstaat auch eine Art Ministerium. Als sozusagen repräsentatives Oberhaupt des Aran-Staates fungierte ein Tierarzt aus Hinterpommern, den der Zahn der Zeit gleichfalls ein wenig angenagt hatte. Dieser Tierarzt, der mit seinem Chef erfolgreich um die Palme konkurrierte, der Verrückteste im Ländchen Aran zu sein, legte sich in einem Anfall von Nero-Wahnsinn selbst den Titel eines "dreifachen Souveräns" zu. Der Tierarzt, vom Fluidum seines Meisters Saueremann all zu mächtig ergriffen, trug ständig eine Visitenkarte mit sich herum, auf der er sich unter anderem als "Präsident der Aranischen Universitäten", als "Grossmeister des Aranischen Ordens" und nebenbei auch als "bevollmächtigter Maharadschah von Indien" bezeichnete. Was es heute mit Saueremanns Tierarzt auf sich hat, weiss niemand. Wahrscheinlich ist er in einer der zahlreichen geschlossenen Anstalten des Landes untergetaucht.

Um ein besonders charakteristisches Detail dieser Wahnsinnsgründung noch beiläufig zu erwähnen=: die Araniden gaben sogar eigenes Geld heraus, das zu ihrem tiefen Leidwesen jedoch kein einziger Bürger in Zahlung nehmen wollte. Auch dieses Geldunternehmen der Saueremänner steht jetzt unter Anklage.

K.K.B.

+ + +

Giftmörderin aus Habgier.

Das Rätsel von Schwabmünchen - Magdalenas Erbschaft - Seltsame Verschwendungssucht - Entmündigungsverfahren - Das Gift in der Einlaufsuppe.

SPD. Am 5. November beginnt vor dem Augsburger Schwurgericht ein sensationeller Mordprozess. Es ist Anklage erhoben gegen die 53 Jahre alte Frau Magdalena Lutzenberger, die sich wegen zwei Verbrechen des vollendeten und fünf Verbrechen des versuchten Mordes zu verantworten hat.

In dem kleinen schwäbisch-bayerischen Landstädtchen Schwabmünchen wurde vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1929 die Bevölkerung durch eine ganze Serie von Giftmordversuchen in Aufregung versetzt. Man kam der Mörderin, der Frau Magdalena Lutzenberger, nur deshalb auf die Spur, weil sie zum Schluss ihr grauenhaftes Handwerk allzu sorglos betrieb. Doppelter Tod in der Familie der Frau Lutzenberger und fortgesetzte Magenerkrankungen in einer anderen Familie lenkten die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei rasch auf Magdalena Lutzenberger, die Alleinschuldige. Das entsetzliche Morddrama begann mit dem Tode des Stiefvaters, der Frau Lutzenberger, im August 1928, eines Pferdehändlers namens Zerle. Niemand dachte damals an einen gewaltsamen Tod. Die Witwe wurde Alleinerbin, die Stieftochter Magdalena bekam 600 Mark. Wenige Monate später machte die

Witwe Zerle ein notarielles Testament, durch das ihre Tochter Magdalena als Alleinerbin mit der Verpflichtung eingesetzt wurde, jedem ihrer vier Kinder ein Vermächtnis von 2000 Mark unter hypothekarischer Sicherheit auf das Anwesen auszuzahlen. Die Kinder sollten ausserdem das Recht haben, unentgeltlich im Anwesen wohnen zu dürfen, so lange sie ledig seien.

Wenige Tage nach der Beglaubigung dieses Testaments durch den Notar starb die Mutter der Frau Lutzenberger. Niemand zweifelte an ihrem natürlichen Tode. Magdalena Lutzenberger trat die Erbschaft an - aber sie tat das auf eine so verschwenderische Weise, dass nicht nur ihr eigener Sohn Joseph auf schnellste Auszahlung des grossmütterlichen Vermächtnisses drang, sondern auch der Ortsfürsorgeverband Schwabmünchen die Entmündigung der Magdalena Lutzenberger beantragte. Im April 1929 wurde Frau Lutzenberger unter vorläufige Vormundschaft gestellt, im selben Monat beantragte der bestellte Vormund die Eröffnung des Konkurses, dem Antrag wurde stattgegeben.

Im Hause der Frau Lutzenberger wohnte auch der Stadtobersekretär Schrott, mit seiner Frau, ferner die Schwiegermutter Schrotts und eine Nichte der Frau. Frau Lutzenberger pflegte die Milch für die Familie Schrott zu besorgen und gleichzeitig abzukochen. Mitte April erkrankten die Mitglieder der Familie Schrott, was sich in wiederholtem Erbrechen und in sonstigen Magenbeschwerden äusserte. Die Uebelkeitserscheinungen wiederholten sich in den folgenden Tagen und nun schöpfte der behandelnde Arzt Verdacht. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurde die von der Frau Lutzenberger besorgte Milch chemisch untersucht. Ergebnis: erheblicher Arsengehalt. Bei einer Haussuchung bei Frau Lutzenberger fand man ein Gläschen des Giftes.

Bei den weiteren Erhebungen fiel auf, dass auch die vier Kinder der Frau Lutzenberger nach dem Genuss des Morgenkaffees oder einer Einlaufsuppe zum Frühstück wiederholt an Vergiftungserscheinungen erkrankt waren. Das alles war so merkwürdig, dass die Staatsanwaltschaft zu der Vermutung kommen musste, dass man es hier mit einer abgefeimten Giftmörderin zu tun habe, und dass vor allen Dingen Mutter und Stiefvater der inzwischen Verhafteten keines natürlichen Todes gestorben sein könnten. Die beiden Leichen wurden exhumiert und - tatsächlich - ergab die langwierige chemische Untersuchung der Leichenteile des Stiefvaters eine absolut tödlich wirkende Menge von Arsen; ebenso fand sich Arsen in der Leiche der Mutter.

Inzwischen wurde Frau Lutzenberger auf ihren Geisteszustand untersucht. Das Gutachten lautet, dass Magdalena Lutzenberger für die ihr zur Last gelegten Verbrechen voll verantwortlich zu machen ist.

+ + +

Der Tod in der Schule. Ein tragischer Unfall hat sich am Mittwoch in einer Pariser Volksschule ereignet. Während der Pause waren zwei 12jährige Schüler aneinandegeraten und hatten sich nach Kräften verprügelt. Der Aufsicht führende Lehrer hatte die beiden Kampfhähne sofort getrennt und zur Strafe in eine Ecke gestellt. Beim Wiederbeginn der Schulstunde erlitt einer der beiden Knaben einen Ohnmachtsanfall und starb unter den Händen des erschreckten Lehrers. Die ärztliche Untersuchung der Leiche soll ergeben, ob der Knabe an den Folgen der Prügelei gestorben ist.

+ + +

Verwandte als Verbrechergeiseln. Der neue Chicagoer Polizeichef hat zur Bekämpfung der dortigen Verbrecherwelt angeordnet, die Frauen und nächsten Verwandten der jeweils gesuchten Verbrecher festnehmen zu lassen und sie als Geiseln zu behalten, bis sich die ordnungsfeindlichen Elemente selbst gestellt haben.

+ + +

Die schlesische Wassernot. Im Riesengebirge ist Tauwetter eingetreten. Infolge der Schneeschmelze ist die Hochwassergefahr, durch die ohnedies schon halb Schlesien verwüstet ist, noch erhöht. Es gibt kaum einen Gebirgsfluss, der noch nicht über seine Ufer getreten ist. Ratibor ist jetzt tatsächlich vom Ver-

kehr mit der Umwelt abgeschlossen, sämtliche Zufahrtstrassen sind unpassierbar, die Felder in der Umgebung der Stadt bis zu vier Meter Höhe überschwemmt. Von den Bäumen ragen nur noch die Kronen aus dem Wasser hervor. Mehrere Fabriken mussten ihren Betrieb einstellen. In Kreuzenort und Raschkau ertrank je eine Person.

Besonders schlimm lauten auch die Berichte aus dem Eulengebirge. Nach fachmännischen Schätzungen sind hier mehr als 20 000 Festmeter Holz vernichtet und viele kleine Waldbesitzer um ihre Existenz gebracht worden. Bei Lorenzdorf ist beispielsweise durch einen Dambruch der Queiss ein Wald derart überflutet worden, dass nicht einmal mehr die Baumspitzen zu sehen sind. Ein 64 jähriger Bauer ertrank beim Einsturz einer Brücke.

Die Katzbach rast durch Liegnitz wie ein wilder Strom. Baumstämme, Brückenteile, alle möglichen Gegenstände, totes Vieh quirlt durch die schäumenden Wogen. Im Norden von Liegnitz ist der Verkehr nur noch mit notdürftig zusammengezimmerten Flößen und Kähnen möglich.

+ + +
Drama der Not. Aus Verzweiflung über ihre Armut ertränkte die Frau eines Landarbeiters in Earlarne (Schweden) sich selbst und vier von ihren fünf Kinder

+ + +
Gefährlicher Irrtum. Vierzehn Patienten einer Frauenklinik in Oslo sind lebensgefährlich erkrankt, weil sie fälschlich mit einer Säurelösung behandelt worden waren. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

+ + +
Wie Gertrud Frenzel schwindelt. Am Donnerstag morgen wurde in Potsdam unter der Leitung von Landgerichtsdirektor Hellwig der Frenzel-Prozess fortgesetzt. Abermals ist die Presse, um deren Zulassung Rechtsanwalt Brandt wiederum ersucht hatte, ausgeschlossen worden. Selbst in der Rechtspresse stösst dieser Beschluss auf Befremden und Kritik.

Die Zeugenvernehmung brachte die Aussage des Zeugen Wüstefeld, der jetzt in Thüringen lebt. Mit 14 Jahren war Wüstefeld in das Frenzel'sche Haus nach Bornim als Lehrling gekommen. Da er in der Familie wie ein Kind gehalten wurde und genau wie die Töchter überall Zutritt hatte, hätte ihm irgendwie Verdächtiges auffallen müssen. Der Zeuge erklärte aber, dass er nichts Verdächtiges bemerkt habe und bekundete weiter, dass Gertrud Frenzel zur fraglichen Zeit sehr verlogen gewesen wäre und sich auch Unehrllichkeiten habe zu Schulden kommen lassen. Wegen Unterschlagung beim Einkassieren von Geldern sei sie wiederholt von ihrem Vater gezüchtigt worden. Oft hätte sie sich auch herumgetrieben.

Als nächste Zeuge, Dr. Stappenbeck aus Bornim, bei dem sich Gertrud Frenzel jetzt in Pflege befindet, wusste von zwei Besuchen der Frau Pfarrer Schenk bei Gertrud zu berichten. Sehr interessant war die weitere Bekundung des Zeugen, die Bezug nahm auf ein Nachspiel zu den Vorgängen nach der Sonnabendsitzung, in der sich Hildegard und Gertrud Frenzel verprügelten, während der Angeklagte den Saal mit den Worten verlassen hatte "Ich kann das nicht mehr mitansehen!" Nach Bornim zurückgekehrt habe Gertrud ihm, Dr. Stappenbeck, erzählt, dass ihr Vater sie im Gericht mit einem Revolver unter dem Rufe bedroht habe: "Ich werde Dich erschiessen!" An der ganzen Geschichte ist kein Wort wahr, wie sämtliche im Saale anwesenden Zeugen dieser Szene bestätigen. Dr. Stappenbeck berichtet weiter, wie Gertrud Frenzel nach ihrer Vernehmung am Sonnabend ins Pfarrhaus gelaufen sei, obschon der Vorsitzende sie gebeten hatte, derartige Besuche zu unterlassen. Schliesslich berichtet Dr. Stappenbeck noch folgendes: Vor Gericht hätte Gertrud bestritten, die Zeitungsberichte über den Fall Frenzel zu lesen. Als sie überführt werden konnte, gab sie zu, dass sie zwar nicht selbst die Zeitungen gelesen habe, wohl aber die Prozessberichte von Dr. Stappenbeck vorgelesen bekommen hätte. Jetzt bekundet Dr. Stappenbeck, dass Gertrud Frenzel die Berichte sehr wohl selbst gelesen habe. Im übrigen hält der Zeuge Gertrud für ehrlich, feinfühlig und - phantasiearm.

+ + +

Zwei Bankiers ermordet. In Chikago wurden zwei bekannte Bankiers nachts auf der Strasse überfallen und erschossen.

+ + +
Fallschirmabsprung aus 16000 Meter Höhe? Der Münchener Pilot Markgraf gibt die Absicht bekannt, mit einem für den Stratosphärenflug geeigneten Ballon 14 000 bis 16 000 Meter hoch zu fliegen, um von dieser Höhe aus mit dem Fallschirm in die Tiefe zu springen. Mit dem Unternehmen Professor Piccards, durch das wissenschaftliche Ziele verfolgt werden, ist die Markgraf'sche Idee in keiner Weise zu vergleichen. Markgraf hat nur die Absicht, den bisherigen Weltrekord im Fallschirmabsprung, der 8000 Meter beträgt, zu überbieten. Es ist aber fraglich, ob Markgraf überhaupt nur zum Versuche kommt, da die Riediger-Ballonfabrik, bei der der kühne Pilot einen entsprechenden Ballonauftrag erteilen wollte, Markgraf geantwortet hat, dass sie sein Unternehmen überhaupt nicht ernst nehmen könne.

+ + +
Haftentlassung Uralzeffs. Der russische Kaufmann Uralzeff, der bekannte Raiffeisenbetrüger, ist in Dresden aus der Haft entlassen worden, da er schwer erkrankt ist. Das Ermittlungsverfahren gegen Uralzeff ist so gut wie abgeschlossen.

+ + +
Erdbebenkatastrophe in Italien. Süditalien und zwar insbesondere die Adriatische Küste ist am Donnerstag morgen von einem Erdbeben heimgesucht worden, das auch in Rom gespürt wurde. Am schlimmsten wurde Ancona und das Küstenstädtchen Senigallia betroffen. Hier sind mehr als 20 Todesopfer zu beklagen. In Ancona ist ferner der Kirchturm der Kathedrale zum Heiligen Sakrament eingestürzt. Viele Häuser der Stadt erhielten Sprünge und wurden unbewohnbar. Auch die Eisenbahnbrücke über den Misafloss ist schwer beschädigt worden. Auf dem Lande sollen sogar viele Bauerngehöfte eingestürzt sein. Die Dörfer der Umgebung von Ancona melden zahlreiche Tote. Die Katastrophe begann morgens um 8 Uhr und dauerte etwa 10 Minuten lang; um 9 Uhr 20 erfolgte ein Nachbeben. Die genaue Zahl der Toten und Verletzten steht noch nicht fest.

+ + +
Domela wieder verhaftet. In einem Gasthof in Nürnberg wurde wegen einer stattlichen Reihe von kleineren Straftaten Harry Domela, Pseudoprinz von Preussen, verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

+ + +
Lessing-Preis für Gundolf. Der sozialdemokratische Bürgerschaftspräsident Ross des Hamburgischen Senats stiftete in feierlicher Sitzung im Hamburger Rathaus den alle drei Jahre zu verleihenden Lessing-Preis an den Heidelberger Literaturhistoriker Dr. Friedrich Gundolf, den bekannten Kleist- und Goetheforscher. Es handelt sich um einen Barpreis in Höhe von 15 000 Mark.

+ + +
Freitodversuch einer Sängerin. Die bekannte Wiener Soubrette Mini Kötter wurde in Paris bewusstlos mit einer schweren Veronalvergiftung aufgefunden. Die Künstlerin soll den Selbstmordversuch unternommen haben, weil sie sich beruflich gekränkt fühlte.

+ + +
Nationale Sammlung für Bretagne-Hinterbliebene. In Frankreich wurde unter dem Protektorat des Ministers für die Handelsmarine eine Nationalsammlung zu Gunsten der Familien, die bei den letzten Pretagnestürmen ihre Ernährer verloren, eröffnet.



Arbeitslosenschutz oder Armenpflege?

SPD. Der Winter rückt heran – ein Winter voll von Missvergnügen. Die Millionen der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen sehen mit grosser Sorge diesem Winter entgegen. Ihre Unterstützung, wiederholt verschlechtert, reicht kaum mehr zur Fristung des Lebens. Trotzdem rückt jetzt die Arbeitgeberpresse mit neuen Vorschlägen zur Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes an. Das Unternehmertum will in der Arbeitslosenerhaltung grosse Ersparnisse machen. Nicht der Preisabbau, sondern der Abbau der Arbeitslosenunterstützung wird in seiner Presse als "die brennendste Frage" hingestellt. Wie soll dieser neue Unterstützungsabbau aussehen?

Die "Kölnische Zeitung", das führende rheinische Unternehmerorgan, hat am Donnerstag den Schleier gelüftet. Sie stellt drei Hauptforderungen auf:

1. Eine intakte, normalen Lagen gewachsene Versicherung zu tragbaren Beitragssätzen ohne Sonderzuschüsse des Reichs. Die Mittel dazu würden in der Kürzungsmöglichkeit der Unterstützungsdauer bestehen.
2. Eine bewegliche Krisenfürsorge aus allgemeinen Mitteln für Bedürftige, die die Konjunkturwelle Arbeitslosigkeit auffängt.
3. Entsprechend früherer Uebergang in die individuelle Unterstützung der Gemeinden, um möglichst früh die Auslesewirkung dieses Ueberganges dem ganzen System zu Nutze kommen zu lassen.

Also zunächst Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung wenn möglich auf 13 Wochen. Das ist das Hauptziel der Unternehmer. Abschub der Ausgesteuerten in die Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, um so eine beachtliche Verringerung der Zahl der Unterstützungsanwärter herbeizuführen. So schreibt das Kölner Unternehmer-Organ, es habe sich herausgestellt, dass beim Uebergang von der schematischen Versicherung zur individualisierten die Bedürftigkeit prüfende Wohlfahrtsfürsorge ein sehr erheblicher Teil der bisherigen Unterstützungsempfänger ausscheide und zumeist neue Arbeit finde. Die Zahl dieser Ausscheidenden könne man mit 30 bis 40 Prozent annehmen. Dadurch würden grössere Ersparnisse möglich, vor allem eine Befreiung des Reiches von den finanzzerrüttenden Zuschüssen und eine fühlbare Senkung der Beiträge. Da die Krisenfürsorge von jetzt an in verschärfter Masse die Bedürftigkeitsprüfung durchführen werde, sei zu erwarten, dass die Willenskraft, sich Arbeit zu verschaffen, bereits bei dem Uebergang in die Krisenunterstützung stärker in Erscheinung trete. Die Ersparnis für das ganze System werde sich also eher und damit erheblich fühlbarer machen. Die heutige Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe lasse sich nur als "äusserste Notmassnahme" rechtfertigen. Der eigentliche Vorteil des umgebauten Systems liege aber in dem entsprechend früheren Uebergang der Erwerbslosen in das individualisierte Unterstützungssystem der Gemeinden. Was beim Uebergang in die auf verschärfte Bedürftigkeitsprüfung abgestellte Krisenfürsorge zum Teil zu erwarten sei, werde sich hier voll auswirken: die Stärkung des Arbeitswillens, das gesteigerte persönliche Verantwortungsgefühl, sich auch um den Preis von Verzicht auf Arbeit zu beschaffen. Die vorgeschlagene Regelung habe schliesslich noch den Vorteil, dass bei früherem Uebergang der Arbeitslosen in die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge auch ihre Unterstützung durch Mittel der Allgemeinheit früher einsetze als bisher.

Diese Reformvorschläge bedeuten, genau betrachtet, nichts anderes als

eine Verwandlung der Arbeitslosenunterstützung, die auf einen Rechtsanspruch beruht, in die Armenpflege der Vorkriegszeit; denn weder beim Uebergang in die Krisenfürsorge noch bei den zur Wohlfahrtsfürsorge findet eine wirkliche Auslese der Bedürftigen statt. In die Krisenunterstützung kommen etwa 60 % der aus der Versicherung ausgesteuerten Arbeitslosen nicht hinein - nicht, weil sie nicht bedürftig sind, sondern einfach durch schematische Einschränkung des Personenkreises der Krisenunterstützung. So sind z.B. im ganzen Reich die Arbeitslosen unter 21 Jahren - in manchen Landesarbeitsamtsbezirken sogar die bis zu 25 bis 30 Jahren - vom Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Beim Uebergang in die Wohlfahrtsunterstützung scheidet eine beträchtliche Anzahl von Ausgesteuerten deswegen aus, weil sie Angst haben, auf das Armenpflege-Niveau hinunterzusinken, oder weil ihnen vor den Rückzahlungsbedingungen für die Unterstützung bange wird. Das Absinken in die Wohlfahrtsunterstützung bedeutet in vielen Fällen eine Erschwerung des Wiederaufstiegs, vor allem bei der qualifizierten Arbeitskraft. Daher die verzweifelten Anstrengungen vieler Arbeitslosen, vor dem Uebergang in die Wohlfahrtsunterstützung wenn irgend möglich wieder in Arbeit zu kommen - auch um den Preis schlechterer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn durch eine Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung der Kreis dieser Unglücklichen noch vergrössert wird, dann hat das Unternehmertum natürlich dagegen nichts einzuwenden. Lohndrücker sind ihm immer erwünscht.

Umgekehrt müsste eine Reform der Arbeitslosenversicherung erfolgen: die arbeitsfähigen Arbeitslosen gehören nicht in die Wohlfahrtsunterstützung, sondern in die Krisenfürsorge. Was wir brauchen, ist nicht Abschub der Arbeitslosen in eine Art Armenpflege, sondern Erfassung der aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten in einer versicherungsähnlichen Krisenfürsorge. Die vor kurzem erfolgte Verschlechterung der Krisenfürsorge kann zur Not vielleicht als eine im Augenblick unvermeidliche Massnahme hingenommen werden; für die Dauer genügt die neue Krisenfürsorge nicht. Sie wird in erster Linie aus Mitteln der Allgemeinheit finanziert; vier Fünftel zahlt das Reich, ein Fünftel zahlen die Gemeinden. Damit wäre auch so die Möglichkeit gegeben, die Volks-schichten zur Finanzierung des Arbeitslosenschutzes stärker heranzuziehen, die bisher zu den Arbeitslosenlasten nicht beitragen mussten.

Eine ausreichende Finanzierung des Arbeitslosenschutzes ist ohne Herabsetzung der Leistungen und auch bei Beseitigung der durch die Notverordnung geschaffenen Ungerechtigkeiten sehr wohl möglich, wenn man die von uns vor einigen Tagen veröffentlichten Finanzierungsvorschläge der freien Gewerkschaften berücksichtigt.

SPD. Die Anmeldungen zur französischen Sozialversicherung haben eine Höhe erreicht, wie sie sich selbst die grössten Optimisten nicht träumen liessen. Am 25. Oktober waren 8 800 000 Mitglieder gezählt worden, d.h. eine halbe Million mehr, als im Voranschlag für den Dezember erwartet wurde. In die Kassen sind bis jetzt 700 Millionen Franken geflossen.

Die Inanspruchnahme der Versicherung war bisher auffallend gering - ein Zeichen, dass viele Arbeiter nicht wissen, wie sie in den Genuss der ihnen zuständigen Rechte gelangen sollen. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das neue Sozialgesetz ausserordentlich unübersichtlich und verworren ist. Dazu kommt, dass sich jetzt bereits merkwürdig häufig und unangenehm bürokratische Schwerfälligkeit in der Handhabung der Versicherung bemerkbar macht.

Trotz dieser Mängel hat die Entwicklung jedoch das eine festgestellt, das "totgeborene" Kind, wie die Reaktionäre das Sozialgesetz genannt haben, ist durch aus lebensfähig und es wird sich schnell und kräftig entwickeln, wenn die Leute, die es zu betreuen haben, nicht gar zu ungeschickt vorgehen.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat sich in einem Interview über seine Lohn- und Preispolitik ausgesprochen. Er erklärte, er lehne es ab, Lohnkürzungen in einem unmöglichen Ausmass durch die Staatsmacht auszusprechen. Mit dem bisherigen Spiel jedoch, worin die eine Seite immer sage, die Löhne müssten gesenkt, und die andere Seite stets betone, die Preise müssten verbilligt werden, komme man nicht weiter. Die Forderung müsse vielmehr lauten: Die Preise müssen gesenkt werden und an dieser Senkung sind alle Gestehungskosten zu beteiligen. Auch an einer Senkung der Güterverteilungskosten, versicherte Stegerwald, könne nicht Halt gemacht werden. Jedenfalls dürften die Arbeitgeber sich nicht in dem Glauben wiegen, dass er sich von der gegenwärtig weithin anzutreffenden masslosen Lohnsenkungspsychose in seinen Entscheidungen beeinflussen lasse.

Hoffentlich zeitigt diese scharfe Frontstellung des Reichsarbeitsministers gegen die Lohnsenkungspsychose auch entsprechende Früchte. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Im Berliner Metallkonflikt dürfte schon in allernächster Zeit die Wirkung der Lohnpolitik Stegerwalds zu spüren sein; denn es ist wohl anzunehmen, dass der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Stegerwalds Auffassungen teilt. Hoffentlich wird der Apfel nicht so sauer wie die meisten Äpfel der diesjährigen Ernte.

SPD. Der "Reichswart" das Organ des Nationalsozialisten Graf Reventlow erklärt in einem grundsätzlichen Artikel über das Verhältnis der Hitlerpartei zu den Gewerkschaften: "Die Vertretung des Arbeitnertums gegenüber dem Arbeitgebertum durch Organisation in Gewerkschaften ist eine durch das Wesen der Dinge gebotene Erscheinung des sozialen Lebens, eine kategorische Forderung sozialer Gerechtigkeit."

In der Monatsschrift "Der Meister" schreibt der Nationalsozialist Hans Held in einer Beleuchtung der Gründe, weshalb "die Männer der Grossindustrie und der Bankwelt den Nationalsozialismus mit ihrer materiellen Macht untermauern müssen", folgendes:

"Wir Nationalsozialisten zerschlagen euch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen euch die Gewerkschaften. Darum müsst ihr (Unternehmer) uns das Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, dass wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden."

Der eine sagt, es sei den Nationalsozialisten immer selbstverständlich gewesen, die Gewerkschaften, auch die sozialdemokratisch geleiteten, an sich nicht zu bekämpfen. Sie wollten nur den Arbeitern klar machen, dass die Sozialdemokratische Partei weder imstande noch willens sei, die wirklichen Interessen des deutschen Arbeiters wahrzunehmen. Der andere sagt, die Hauptaufgabe der Nazis besteht darin, die Gewerkschaften zu zerschlagen.

SPD. Der Lohntarif für Gehilfen und Hilfsarbeiter im Buchdruckgewerbe, der bis Ende des Jahres läuft, ist von den Unternehmern gekündigt worden. Zweifellos wollen auch sie sich in einer Lohnabbauaktion Lorbeeren holen.

Die Textilindustrie.

Uneinheitliche Entwicklung mit Ueberarbeit.

SPD. Die Textilindustrie leidet immer noch unter der verschiedenen Entwicklung der Rohstoffpreise und der Preise für Halb- und Fertigwarenfabrikate. Textilrohstoffe sind heute zum Teil wohlfeiler als in der Vorkriegszeit. Baumwolle kostet gegenwärtig in Bremen rund 30 Pfennige pro Kilogramm weniger als in der Vorkriegszeit. Wollen sind um 30 % billiger, Jute um 50 %. Seide und Kunstseide sind ebenfalls im Preise gefallen, wobei wir bemerken, dass gerade die Kunstseide noch einen ganz erklecklichen Preisrückgang vertragen könnte. Einigermassen behauptet haben sich Flachs und Flachsgarne. Im Ausmass der Rohstoffpreissenkung sind die Preise für Halb- und Fertigfabrikate nicht zurückgegangen. Allerdings war ein Abgleiten der Preise nicht ganz zu verhindern. Gegen die Auswirkungen der Krise erwies sich der Kartellpanzer als ein nicht unter allen Umständen ausreichender Schutz.

Unter Druck der gekennzeichneten Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit in der Textilindustrie weiter gestiegen. In Deutschland dürfte es gegenwärtig weit über 1½ Hunderttausend arbeitslose Textilarbeiter geben. Die Steigerung von August bis September betrug allein 7 000. Damit ist ein Tiefstand erreicht. Es ist erklärlich, dass die steigende Arbeitslosigkeit auch grössere Beunruhigung in Unternehmerkreisen ausgelöst hat. So trat vor kurzem der Vorsitzende der Sächsischen Arbeitgeberverbände in einer Rede vor den sächsischen Industriellen für eine starke Verkürzung der Arbeitszeit ein. Der Textilindustrielle Dr. Güntermann in Gutach-Breisgau erklärte sich in einem in der Frankfurter Zeitung erschienenen Artikel für die Einführung der 44-Stundenwoche und zwar in der Art, dass diejenigen Betriebe, die über 44 Stunden hinaus arbeiten, in stärkerem Ausmass zur Beitragsleistung in der Arbeitslosenfürsorge herangezogen werden sollen. Wir erwähnen diese Fälle, weil hier die Forderung der Gewerkschaften nach einer Arbeitszeitverkürzung, um Arbeitslose wieder in die Produktion einreihen zu können, von Unternehmenseite gestützt wird. Hinsichtlich der Person Güntermanns ist zu bemerken, dass Güntermann als Grossindustrieller, der über 2 000 Arbeiter beschäftigt, zweifellos die Verhältnisse in der süddeutschen und auch in der deutschen Textilindustrie kennt; ebensogut wird er auch wissen, dass seine Auffassung der in den Kreisen der deutschen Textilunternehmer üblichen krass gegenübersteht.

Im übrigen hängt die Lage in der Textilindustrie von der Entwicklung in der deutschen Wirtschaft ab. Hier muss leider noch immer mit einem Anschwellen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Die Abdrosselung der Bautätigkeit wird Rückwirkungen auf die Verbrauchsindustrien und besonders auf die Textilindustrie haben. Für eine Wendung in der Textilindustrie bedeutet die Ankurbelung der Wirtschaft also alles.

Soweit die Baumwollindustrie in Betracht kommt, ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Spinnereien während des Monats September gegenüber dem Vormonat um rund 1 Stunde, d.h. von rund 40 auf 39 Stunden zurückgegangen. Daneben haben an verschiedenen Orten Arbeiterentlassungen stattgefunden. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist recht unterschiedlich. So arbeiten, um nur ein Beispiel anzuführen, in Bocholt 276 Personen 54 bis 55 Wochenstunden, während 1418 Perso-

nen nur 32 Wochenstunden Beschäftigung haben. Wie in Bocholt liegen auch die Verhältnisse in anderen Bezirken.

Die Baumwollweberei hat sich besser gehalten. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit konnte sich sogar um $\frac{1}{4}$ Stunde pro Woche verbessern. Von beinahe 6 000 Webern stellte die Abteilung für Volkswirtschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes fest, dass sie pro Woche 49 bis 56 Stunden arbeiten. Die Arbeiterentlassungen sind in dieser Branche wohl durch Neueinstellungen und Verlängerung der Arbeitszeit ausgeglichen worden. In der Wollindustrie ist die Kammgarnspinnerei noch gut beschäftigt, ebenso die Damenstoffweberei, während die Herrenstoffweberei weiter nachgelassen hat. Führende Tuchindustrielle erwägen den Plan, rund 33 % der Tuchstühle einzuschrotten.

Die Teppichindustrie hat einen kleinen Anlauf zur Besserung genommen. Trotzdem ist die Kurzarbeit noch allgemein. Die Seidenwebereien verzeichnen nach wie vor guten Geschäftsgang. In vielen Fällen wird die regelmässige Arbeitszeit überschritten. Die Kunstseidefabriken sind nur teilweise voll beschäftigt. Besseren Geschäftsgang haben die Wirkereien, wo zum Teil Hochbetrieb festzustellen ist. In Thalheim im Erzgebirge arbeiten $\frac{3}{4}$ aller Beschäftigten rund 51 Stunden pro Woche. Auch in den Strickereien hat sich der Geschäftsgang in einigen Orten gegenüber dem Vormonat erheblich gebessert. Dagegen lauten die Nachrichten aus der Trikotagenindustrie noch immer unbefriedigend. Die Beschäftigung ist hier stark uneinheitlich. Auch in der Stickerei wird über die Geschäftslage geklagt. In vielen Orten wird sie als trostlos bezeichnet. Das gleiche gilt für die Gar-dinen, Kongresstoff und die Spitzenweberei. Die Juteindustrie hat stärkere Verschlechterungen zu verzeichnen.

SPD. Ueber die Tagung des Wirtschaftskomitees beim Völkerbund schreibt uns unser Genfer Mitarbeiter u.a.:

"Im Vordergrund der Verhandlungen stehen zwei wichtige Fragen, nämlich die Frage von Handelsvertragsverhandlungen zwischen mehr als zwei Staaten und die Frage der Zollmeistbegünstigungsklausel. Für die wirtschaftliche Entwicklung Europas sind beide von ausserordentlicher Bedeutung; sie bilden den Angelpunkt, um den sich die Möglichkeit einer besseren europäischen Zusammenarbeit dreht.

Aus allen vorangegangenen Verhandlungen der Wirtschaftsorganisation beim Völkerbund hat sich ergeben, dass vorerst zu einer Zollsenkung, die sich über die ganze Erde ausdehnt, durch allgemeine Konferenzen nicht zu gelangen ist. Man versucht also zunächst, die bereits auf der diesjährigen Vollversammlung stark hervorgetretene regionale Regelung in Angriff zu nehmen. Dabei spielt der Ausgleich der Ausfuhrüberschüsse zwischen den Industrie- und Agrarländern in Europa die Hauptrolle. Die südöstlichen Agrarländer, Rumänien und Südslawien, drängen mit aller Macht darauf, dass das westliche Europa ihre Getreideüberschüsse abnimmt, während ihre, in der kleinen Entente politisch verbundenen Nachbarn, Tschechoslowakei und Polen, mehr am Export von Viehzüchterzeugnissen und industriellen Rohprodukten interessiert sind. Dazwischen liegen Oesterreich und Ungarn. Ihre Interessen decken sich teils mit denen der Agrarstaaten, teils mit denen der Aufnahmeländer England, Deutschland und Italien. Wenn es also gelänge, nicht nur, wie bisher, zwischen je zwei Staaten, sondern zwischen Staaten-gruppen eine Verständigung herbeizuführen, so wäre eine weittragende wirtschaftliche Entspannung die sichere Folge. Dazu gehört selbstverständlich, dass man den industriellen Aufnahmeländern eine Garantie für den Export ihrer Industrie-artikel gibt".

Die Probleme liegen natürlich nicht so einfach, wie sie in dem Bericht unseres Korrespondenten dargestellt werden. Es sollen hier nur einige Schwierigkeiten genannt werden. England ist z.B. auf seiner Reichskonferenz in einen heftigen Kampf um die Vorzugszölle innerhalb seines Weltreichs verwickelt wor-

den. Frankreich will zwar Industrieprodukte ausführen, aber keine Agrarprodukte aufnehmen. So bleibt Deutschland übrig. Nach den Aeusserungen der östlichen und südöstlichen Agrarländer in den letzten Wochen und Monaten hat man den Eindruck gehabt, als ob sich die Situation Deutschlands in den Köpfen der Agrar- und Handelspolitiker der europäischen Agrarländer in der Art malt, dass Deutschland ohne weiteres ein Aufnahmebecken für den Ueberschuss der Agrarländer werden könnte. Dabei wird vieles nicht berücksichtigt, vor allem nicht die Lage unserer Zahlungsbilanz, die stark dahin drängt, unsere Handelsbilanz zu entlasten. Bessere Voraussetzungen könnten hier erst durch eine Regelung der Reparationsfrage geschaffen werden. Sie würde Deutschlands Stellung hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz erleichtern und die Möglichkeit einer Agrareinfuhr vergrössern. Davon abgesehen tut Deutschland klug, wenn es seine Schlüsselstellung im Rahmen der Genfer Verhandlungen ausnutzt; denn gerade in der allmählichen Lösung der aufgezeigten Wirtschaftsfragen liegt auch die Möglichkeit, dass der deutschen Aussenpolitik gestellte Ostproblem in Angriff zu nehmen. Wir wollen uns auch über eins klar sein: wenn die östlichen und südöstlichen Agrarstaaten Europas nach einer europäischen Planwirtschaft drängen, so treibt sie die Angst vor Russland. Wenn der russische Fünfjahresplan verwirklicht wird, muss sich die Lage der östlichen und südöstlichen Agrarstaaten in Europa verschärfen. Wir haben einen Vorgeschmack davon durch die russische Getreideausfuhr in den letzten Monaten bekommen. Daher erklärt sich auch das hartnäckige Geschrei gegen das russische Dumping. Deutschland hat nur klug getan, wenn es die einseitige Bekämpfung dieses Dumpings abgelehnt hat, wobei sich die Parallele mit dem schädlichen Dumping privatwirtschaftlicher Kartelle von selbst ergibt. Die russische Ausfuhr, die allerdings zu grossem Teil mit einem Dumping gleichzusetzen ist, wird vorerst bleiben. Für eine Einbeziehung Russlands selbst in die regionalen Verhandlungen ergeben sich wenig Aussichten. Die delikateste Frage bleibt also, wie sich England zu regionalen Abmachungen verhalten wird. Frankreich hat seine Beteiligung durch Kredithergabe bereits angeboten.

SPD. Die Handelssachverständigen bei der englischen Botschaft in Berlin publizieren in jedem Jahr einen Bericht über die deutsche Wirtschaftslage, der im allgemeinen eine derbe volkswirtschaftliche Lektion, besonders für deutsche Unternehmerkreise darstellt. Der jetzt veröffentlichte Bericht steht nicht hinter seinen Vorgängern zurück. Festgestellt wird in ihm, dass die Wirtschaftskrise in Deutschland in erster Linie (trotzdem der Lohnabbau des deutschen Unternehmertums! Red.) auf die Depression des Binnenmarktes zurückzuführen sei. Die Kapitalbildung habe sich in Deutschland gebessert. Ausführlich wird auch auf den Kapitalbedarf Deutschlands eingegangen. So heisst es, Deutschland brauche notwendig langfristige Auslandsanleihen. Dabei habe es, wie jedes andere Land mit hohen Steuern, eine starke Kapitalflucht. Wenn es gelänge, das geflüchtete Kapital nach Deutschland hereinzubringen, entfielen der Zwang, Auslandskapital hereinzunehmen.

Der seriösen Wirtschaft in Deutschland, die an der Kapitalflucht stark beteiligt ist, wird von den Briten gerade kein glänzendes Zeugnis ausgestellt!

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkische Stationen: Weisse 1,00 - 1,20 M., Rote 1,20 - 1,40 M., Gelbfleischige 1,40 - 1,60, Odenwälder Blaue 1,00 - 1,20 M. Berliner Markt überfüllt.

Weizen knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Oktober)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt die feste Stimmung am Donnerstag an. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnotierungen für Weizen um ca. 2 bis 3, für Roggen um 1 bis 2 Mark höher. Auch für promptes Material wurden in beiden Brotgetreidearten höhere Preise erzielt. Angebot in Waggonware aus der Mark war fast garnicht angeboten. Lediglich von der Küste her, speziell aus Mecklenburg, standen einige Kahnladungen zur Verfügung, die glatte Aufnahme fanden. Mehl hatte etwas lebhafteres Geschäft: bevorzugt wurden in Roggenmehl die billigeren Provinzsorten. Für Weizenmehl wurden 25 Pfennig mehr gefordert und zumeist auch bewilligt. Hafer hatte ruhiges Geschäft bei stetiger Preislage. - Gegen Schluss der Börse trat eine Abschwächung ein, sodass namentlich im Zeitgeschäft Roggen und Weizen die anfänglichen Preisgewinne nicht voll behaupten konnten.

	<u>29. Okt.</u>	<u>30. Okt.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	232 - 234	233 - 235
Roggen	148 - 150	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 152
Weizenmehl	27,75 - 36,25	27,75 - 36,50
Roggenmehl	23,60 - 26,75	23,75 - 26,75
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75
Roggenkleie	6,75 - 7,25	6,75 - 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober -- (Vortag: 247 $\frac{1}{2}$), Dezember 257 $\frac{1}{2}$ -256-257 (256), März 275-273 $\frac{1}{2}$ -274 $\frac{1}{2}$). Roggen Dezember 173-171 $\frac{1}{2}$ -173 (171), März 190-188 $\frac{1}{2}$ -190 (189). Hafer Oktober 154-154 $\frac{1}{2}$ -153 (153), Dezember 159-158 $\frac{1}{2}$ (158), März 171 $\frac{1}{2}$ plus Brief (170 $\frac{1}{2}$).

Antliche Eiernotierungen.

(30. Oktober)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 19, Klasse A 60 gr 18, Kl. B. 53 gr 16 $\frac{1}{2}$, Kl. C. 48 gr 14 $\frac{1}{2}$, frischer Eier Kl. B. 53 gr 14 $\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 11. - Auslandseier: Dänen 18er 20, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 15 $\frac{1}{2}$ -16, Bulgaren normale 13 $\frac{1}{2}$, Rumänen normale 12 $\frac{1}{2}$ -13, Ungarn normale 12 $\frac{1}{4}$ -12 $\frac{1}{2}$, Jugoslawen normale 12 $\frac{1}{4}$ -12 $\frac{1}{2}$, Polen normale 11 $\frac{1}{2}$ -12; kleine, Mittel-, Schmutzeier 10 $\frac{1}{2}$ -11. - In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 14 $\frac{1}{2}$ -15 $\frac{1}{2}$, grosse 13 $\frac{1}{2}$, normale 11-11 $\frac{1}{2}$, kleine 9 $\frac{1}{2}$ -10. Kalkeier: Extra grosse 12, grosse 11 $\frac{1}{2}$, normale 10 bis 10 $\frac{1}{2}$. Witterung: Regen, Tendenz: fest. Deutsche Ware sehr knapp.

Berliner Milchpreis

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 31. Okt. bis 6. Nov. für A-Milch 18 Pfg., für B-Milch 11 Pfg., für C-Milch 13 Pfg. Die A-Milchmenge ist auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch $\frac{1}{2}$ Pfg., b) molkereimässig bearbeitete Milch 1 $\frac{1}{2}$ Pfg. je Liter.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 81

Berlin, den 30. Oktober 1930

Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus.*

SPD. Das in diesen Tagen von Anna Blos herausgegebene Buch "Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus" (Buchverlag Kaden & Co., Dresden) füllt eine Lücke aus. Zum ersten Mal erfährt die Anteilnahme der Frau an den politischen wie an den geistigen und wirtschaftlichen Kämpfen des Proletariats eine klare und ebenso sachkundige wie sachliche Würdigung.

Aus den Niederungen des Lebens, aus Sorge und Not des Alltags kämpft sich die Proletarierin empor. Das Leid der Welt ist ihr nicht um, sondern in den Finger gegangen. So ist ihre erste Anteilnahme an dem grossen Geschehen, das im Gewande des Sozialismus einhergeht, ein Aufschrei. Aber er trifft den Kern des Problems. Flora Tristan (Frankreich) spricht schon 8 Jahre vor der Veröffentlichung des "Kommunistischen Manifestes" seine Grundidee aus: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenstes Werk sein", und "Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!" Flora Tristan erfährt am eigenen Leibe und findet allseitig bestätigt, dass "die Arbeiter in allen Ländern unglücklich sind. Vaterland, Religion, Familie, Sitten sind verschieden, aber das Elend ist überall das gleiche und verbindet die Enterbten."

Und nun beginnt der grosse Aufmarsch jener Frauen, die mit einem Idealismus, einem Opfermut und einer Hingabe ohnegleichen Seite an Seite mit den Männern, nicht immer und nicht bedingungslos von ihnen als Mitstreiterinnen begrüsst, den schweren Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und den Sieg des Sozialismus aufgenommen haben. Da erscheinen Ottillie Baader, Klara Zetkin, Tily Braun, die einzigartige Rosa Luxemburg, Emma Ihrer, Mutter Staegemann, die Dichterin Klara Müller, Anna Blos selbst, die Führerinnen der jüngsten Tage, Marie Juchacz an der Spitze: ein unendlicher Zug von Kämpferinnen. Ihnen zur Seite steht August Bebel, der weitschauende Politiker und gerechte Freund der Frauensache, dessen 1879 erschienenenes Buch "Die Frau und der Sozialismus" einen Markstein nicht nur auf dem Wege der Befreiung der Frau, sondern der Arbeiterklasse überhaupt bedeutete.

1890 fiel das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Die Entrechtung und Verfolgung der Frauen dauerte fort. Unter unsäglichen Opfern stellen sie sich immer und immer wieder in den Dienst der Sache. Nichts kann sie abschrecken und zurückhalten. Versammlungsverbote, Unterdrückung von Zeitungen und Zeitschriften, Auflösung der Bildungsvereine, Gefängnis und Leiden mannigfacher Art: nichts vermag den Eifer zu mindern. 1891 tritt die "Gleichheit" auf den Plan. Frauenkonferenzen werden einberufen (die erste, an der auch die Berichterstatterin teilnahm, 1900 in Mainz) und gewinnen von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Das Institut der weiblichen Vertrauenspersonen wird geschaffen. 1907 findet in Stuttgart die erste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt. Das Reichsvereinsgesetz von 1908 bringt der Frau die grundsätzliche Gleichstellung mit dem Manne und ermöglicht ihren formellen Eintritt in die Partei. — Der erste Frauentag (1911) der neuen Aera fordert nachdrücklich das Frauenwahlrecht.

Dann die Frauen im Kriege! Eine Fülle von Arbeit, ein Uebermass an Opfermut. Seite an Seite mit den Frauen aller Stände und Parteien. Die Republik folgt und der Einzug der Frauen in die Parlamente. Bernstein hatte dazu gesagt: "Ich begrüsse freudig den Tag, an dem Frauen in gesetzgebende und ver-

waltende Körperschaften einziehen werden. Der Frau eignet sehr viel Sinn für die Realitäten des Lebens. Sie erfasst sehr rasch den Untergrund der Fragen, ist arbeitsam, unermüdetlich, und überall, wo sie bisher in Körperschaften eingetreten ist, hat ihre Tätigkeit diesen zum Vorteil gereicht." Damit hat er Recht behalten. Auch der 14. September 1930 hat wieder einmal in seiner Verteilung der Frauenwählerstimmen gezeigt, dass die Frauen mehr Verständnis für die Realitäten des Lebens und den inneren Sinn der Geschehnisse haben als viele Männer. Noch sind sie nicht in einem ihrer Zahl wie ihrer Anteilnahme an der Erwerbsarbeit entsprechendem Ausmass an der gesetzgeberischen und Verwaltungsbeteiligung beteiligt. Aber überall, wo man sie heranzieht, haben sie sich bewährt. Allerdings fehlen dem Licht auch die Schatten nicht. So konnte es noch kommen, dass Jahre nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung im Reichstag ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt wurde, der besagte: "Uneheliche Mutterschaft ist kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen." Aber mit Sozialismus und sozialistischem Frauentum hat diese Ablehnung nichts zu tun. Sozialdemokratische Frauen waren die Antragstellerinnen. Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Frauen.

1928 fand in Brüssel eine Internationale Sozialistische Frauentagung statt. Ihr Arbeitsprogramm spricht deutlicher als lange Auseinandersetzungen. Mutter- und Kinderschutz, gewerblicher Frauenschutz, soziale Fürsorgearbeit, Pazifismus sind die Forderungen der sozialistischen Fraueninternationale.

Das Buch ist ein Sammelwerk. Für den geschichtlichen Hauptteil zeichnet Anna Blos. Die "Sozialdemokratin als Staatsbürgerin" behandelt Adele Schreiber mit gewohnter Sachkunde. Von der proletarischen Frau als Hausfrau und Mutter spricht Luise Schröder klar und gut. Die Skizzierung der Hilfsmöglichkeiten hätte einige Vertiefung erfahren können. - Vor der Frau im Beruf, den Ursachen weiblicher Erwerbsarbeit und ihrem Einfluss auf Familie, Gesundheit und Bevölkerungsbewegung handelt in sachlicher und übersichtlicher Zusammenfassung der von Anna Geyer bearbeitete Schlussteil. Es steckt viel gute und hingebende Arbeit besonders der Herausgeberin in diesem Buche. Arbeit einer Frau, die tatkräftig und mit ganzem Herzen und einer grossen Seele dabei war. Dabei auch im Sinne hingebender Mitarbeit an der Sache. Wir müssen Anna Blos für das Geschenk dieses Buches dankbar sein und uns seiner würdig erweisen, indem wir uns seinen Inhalt zu eigen machen, eingedenk des Vermächtnisses von Bebel: "Es gibt keine Befreiung des Menschen ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter."

Henriette Fürth

"So du die Hand hebst..."^x

SPD. "Erbaut Anno Domini MDCLXXII" stand über der Tür des alten Bauernhauses zu lesen. Darüber noch ein anderer, fast unleserlicher, verwitterter Spruch:

"So du die Hand hebst wider dein Weib,
Geschieht euch schweres Herzeleid.
Geh ruhig stets deinem Tagwerk nach,
Dann sorgst du wider das Ungemach."

Der junge Bauer stand, die kurze Pfeife zwischen den Zähnen, vor der Tür und sah nachdenklich nach dem Spruche hinauf. Er war gross und breitschultrig, überragte um einen halben Kopf die niedrige Tür und brauchte fast garnicht hochzusehen, wenn er die Inschrift lesen wollte. Fest und sicher, wie sie im Leben standen, so sassen die Grundhofbauern seit dreihundert Jahren auf ihrem Besitz, gingen im Herbst und Frühjahr hinter dem Pflug, standen im Hochsommer bei der Ernte

vorn in der Reihe der Schnitter und zogen die funkelnde Sense durch den golden sinkenden Segen. Noch keinen Grundhofbauern hatte es gegeben, der nicht seinen Schlag als erster fertiggemäht hatte - mochten die anderen sich noch so daranhalten - fest und sicher stand der Bauer auf seinem Grund und Boden und stand immer als Erster da. - - -

Sonst führten sie ein stilles Leben. Hielten sich immer etwa abseits von den anderen Bauern, die dafür am Gasthochtisch über die hochmütige Blase vom Grundhofe herzogen, zeigten bei Schützenfesten und den wenigen dörflichen Anlässen wie Hochzeiten und Kindtaufen aber auch, dass sie blanke Goldstücke genug im Kasten hatten - um sich mit siebzig, achtzig Jahren zum Sterben hinzulegen und still, wie sie gelebt hatten, von dannen zu gehen.

Nur einer, der das Haus erbaut hatte, sollte ein wüster Kopf gewesen sein. Hatte im Trunk sein Weib erschlagen und war, nachdem er das Haus mit seiner mahnenden Inschrift versehen hatte, beim Mähen ums Leben gekommen. War in die Sense gestürzt, die ihm mit der Spitze ins Herz gedrungen war. So hiess es wenigstens in der Ueberlieferung.

Der junge Bauer ging langsam über den Hof und um die niedrige Mauer herum. Der kleine Teich, den er sich für seine Karpfen angelegt hatte, lag still und dunkel inmitten der Bäume. Am Horizont verblühte die Sonne in letzten feurigen Strahlen über die weiten Felder hin. Herber Erdgeruch drang von den Aeckern her zu dem Dastehenden. Langsam wandte er sich um und schien zurückgehen zu wollen, als er plötzlich erschrocken zusammenfuhr. Aus den offenen Fenstern des Hauses drang eine halblaute Stimme. Es war die der Bäuerin, die eins ihrer seltsamen Lieder vor sich hin sang. Der Bauer lauschte.

"Und wenn der Nebel aus den Feldern steigt
und Selfried an den Gräbern steht und geigt
und Schatten locken durch des Abends Grau...
hör, Selfrieds Geige lockt zum Tanz die Frau- --"

"Hör auf!"

Jäh brach das Lied ab. Dem Bauern, der den Befehl zum Hause hingerufen hatte, liefen die Stirnadern wie blaue Riemen unter der Stirn entlang. Hastig schritt er dem Hause zu. In der Türe stand seine Frau, gross, blass, mit weiten schwarzen Augen und sah ihm mit einem halben Lächeln entgegen. Sie war aus der Stadt, wo sie der Bauer anlässlich einer landwirtschaftlichen Ausstellung kennengelernt und geheiratet hatte. Sie hatte sich gut in die ungewohnte Arbeit gefunden, war fleissig, freundlich, und nur ihre eigentümliche und phantastische Natur, die sich in ihren selbsterfundnen Liedern und abendlichen Gesprächen mit dem Bauern äusserte, richtete immer von neuem wieder einen Wall eis-kalter Fremdheit zwischen ihnen auf.

"Ich wusste nicht, dass du draussen bist; sonst hätte ich nicht gesungen!"

Der Bauer schüttelte heftig den Kopf: "Du sollst überhaupt nicht singen. Die Leute sprechen darüber."

"Tun sie das? - Lass sie doch! Wenn sie keine Antwort bekommen, hören sie von selbst wieder auf."

Der Bauer schluckte die harte Antwort herunter und ging schwerfällig an der Frau vorbei in die Stube. In der Ofenecke sitzend grübelte er düster vor sich hin. Was sollte das nur werden mit der Frau - - er hatte schon alles versucht, um diese Schranke zwischen ihnen niederzureissen - immer vergeblich. Und er hatte sie doch gern, so gern, wie es seiner verschlossenen Natur möglich war. Aber konnte er dafür, wenn sie sich täglich mehr voneinander entfernten und entfremdeten? Lag es nicht vielmehr an der Frau, diesem seltsamen Geschöpf, das hier in sein Haus als Bäuerin eingezogen war? Was zum Teufel bedeuteten diese Lieder mit dem seltsamen Menschen, von denen darin die Rede war! Waren es Menschen, die sie in ihrem früheren Leben gekannt, vielleicht gar geliebt hatte - - ?

Der Bauer lachte kurz auf. Eifersucht - nein, das war es nicht; dazu gab ihm die Frau keinen Grund. Aber was wusste er denn von ihr, von dem, was früher

gewesen war? - Nichts, nichts hatte sie gesagt.

Er stand auf, wollte, mit einer Handbewegung seine düsteren Gedanken ver= scheuchen, in die Küche gehen, seine Rauheit von vorhin mit einem guten Wort auslöschen, als ihm plötzlich der Zorn wie eine rote Woge ins Blut schoss. Wieder sang die Frau, setzte ihr unterbrochenes Lied von vorhin fort, dass es seltsam und fast unheimlich durch das alte Haus klang. Dem Bauern fuhr der Jähzorn wie eine Flamme ins Hirn. Seine Herrennatur bäumte sich wie unter einer Züchtigung auf; er hatte ihr das Singen verboten, und sie tat's doch - wider seinen Willen. Die nachgiebige Stimmung, die ihn eben noch erfüllt hatte, war wie ausgelöscht, fortgewischt - nur der Zorn brannte in ihm. Er sprang nach der Tür, über den Gang zur Küche. Die Frau stand am Herde, sang vor sich hin. Hart packte sie der Bauer am Arm, riss sie herum: "Sei still Weib, oder..."

Einen Herzschlag lang flimmerte etwas wie Furcht in den Augen der Frau. Dann wurden sie wieder schwarz und tief. Mit einem Ruck wollte sie den Arm frei machen, aber der Bauer hielt ihn fest. Sie öffnete den Mund: "Lass los, Bauer; ich bin keine Magd, mit der du so umspringen kannst!"

Hart folgte Wort auf Wort, Widerrede auf Widerrede. "Ich sag' dir, du solls still sein, aufhören mit dem Singen!"

"Lass mich singen, wenn ich mag, und wenn's mir Spass macht!"

"Ich verbiet' dir's aber ein für allemal!"

"Du hast mir nichts zu verbieten!"

Blass bis in die Lippen stand der Bauer vor der Frau: "Ein letztes Mal, Frau, sei still....."

"Nein" - kalt und klar fiel die Antwort in den Raum.

Den Bauern riss es hoch. Ein letzter Rest von Vernunft schrie in ihm: Tu's nicht! - dann fiel seine Hand schon im Schlag auf die Frau nieder....

Die taumelte in die Kniee, hielt sich am Herd und starrte dem Bauern, der langsam und schwer aus der Küche ging, aus weitgeöffneten Augen nach. - -

Am andern Morgen, als der Bauer erwachte, lag sie nicht in ihrem Bette. Nach zwei Stunden Suchen zog er sie aus dem Teich hinter dem Hause - in ihrem Gesichte stand derselbe ungläubige und zerbrochene Ausdruck, mit dem sie den Schlag empfangen hatte. Als der Bauer sie ins Haus trug, fielen die ersten Strahlen der Sonne über die Bäume auf das Haus, ein heller Schein lag über der alten Inschrift:

"So du die Hand hebst wider dein Weib,
Geschieht euch schweres Herzeleid.
Geh ruhig stets deinem Tagwerk nach,
Dann sorgst du wider das Ungemach."

Walter Schirmeier.

Medizin, die der Schönheit dient.^x

SPD. In Paris fand vor einigen Tagen ein Kongress statt, der ein Adoptiv= kind der Fachmedizin sozusagen legalisierte: die "französische wissenschaft= liche Gesellschaft für plastische und ästhetische Chirurgie" hielt unter leb= hafter internationaler Beteiligung ihre erste Tagung ab. Der Präsident der Gesellschaft, Dr. L. Dartigues, präziserte den Begriff der "ästhetischen Chi= rurgie", der sich mit "Schönheitschirurgie" nur unvollkommen und zweideutig übersetzen lässt, als die Gesamtheit aller Operationen, die dazu dienen, angebore= ne oder erworbene Körperfehler zu beseitigen, die den Betroffenen in seinem persönlichen oder beruflichen Dasein beeinträchtigen. Dass solche chirurgische Korrekturen in einer Zeit des verschärften Daseinskampfes eine grosse soziale Bedeutung erwerben können, ist heute wohl allgemein anerkannt. Die Gesellschaft wird sich deshalb ganz besonders um die soziale Seite ihres Arbeitsgebietes be=

mühen. Durch Austausch der Erfahrungen, Veröffentlichung von Neuerungen und Resultaten auf Kongressen und in eigenen Berichten soll die Fortentwicklung der plastischen Operationsmethoden auf einer einwandfrei wissenschaftlichen Basis gesichert und sollen ihre Fortschritte, bisher häufig das Geheimnis Weniger, weitesten Kreisen nutzbar gemacht werden. Vor allem aber will die Gesellschaft als eine Vereinigung von Wissenschaftlern wissenschaftliche Pionierdienste für einen noch umstrittenen Teil der modernen Chirurgie leisten und zugleich Auswüchse auf dem Gebiet sogenannter "kosmetischer Operationen" Unberufener bekämpfen. Eine besonders wichtige Aufgabe wird es ferner sein, die Erfahrungen der ästhetischen Chirurgie auch bei lebensrettenden Operationen, also bei der Arbeit der heilenden Chirurgie anzuwenden. Die Narbenbildung, der Sitz der Operationswunde, kurz das, was äusserlich sichtbar von der Operation zurückbleibt, soll mehr als bisher nach Gesichtspunkten gehandhabt werden, die auch dem ästhetischen Moment, das heisst: den seelischen Bedürfnissen des Kranken, gerecht werden.

Unter den sehr zahlreichen und interessanten Vorträgen, Demonstrationen, Filmen, photographischen Belegen sei in erster Linie erwähnt: "Künstliche Nase aus Fingerhaut. Tierhautüberpflanzungen bei grossen entstellenden Schäden des Gesichtes, der Nase, der Ohren und anderer Körperpartien nach schweren Verletzungen oder zerstörenden Krankheiten". So konnte man die erstaunliche Heilung eines Armes nach Deckung einer schweren Verbrennung durch Haut des Oberschenkels sehen und die gehemmte Funktion dieses Gliedes beobachten. Zur Behebung eines tiefgreifenden Verlustes der Nase wurde Fingerhaut verwandt (natürlich unter Erhaltung des Fingers), wodurch entstellende Narben, wie sie bei Entnahme des Deckmaterials aus der Stirn entstehen, vermieden werden. Ein grosser Schaden der Ohrmuschel wurde durch Gewebsmaterial ersetzt, das die Kopfparte hinter dem Ohr hergeben musste, mit ausgezeichnetem kosmetischem Resultat. Sogar entstellende Gewebsverluste des Augapfels konnten durch Gewebsüberpflanzung ausgeglichen werden. Besonders interessant sind die zum Teil schon erfolgreichen Bemühungen, die Haut von Tieren zu überpflanzen. Wundheilung ohne Narben, d.h. eine möglichst unsichtbare Narbe, ist für den plastisch arbeitenden Arzt von sehr grosser Bedeutung, namentlich die Vermeidung der seine Resultate stark beeinträchtigenden erhabenen Narbe, des sogenannten Kelloid. Eingehende Studien der normalen Wundheilungsvorgänge und der Kelloidbildung haben neue Wege gezeigt. Durch vorbeugende, vorsichtig dosierte Röntgenbestrahlung gelingt eine fast narbenlose Verheilung. Bei bestehendem Kelloid bringt Excission oder Aetzung bezw. Röntgen-Radiumbestrahlung Heilung.

Neue Schönheitsoperationen wurden hinsichtlich ihrer Indication, der erzielbaren Resultate und ihrer Berechtigung eingehend diskutiert. Zum Beispiel die Operation der Hängebrust unter Berücksichtigung ihrer inneren Secretion, Korrektur unschöner Nasenformen ohne sichtbare äussere Narben. Die operative Behandlung der Krampfaderen kann bei richtiger Technik ersetzt werden durch gefahrlose verödennde Injectionen in die erweiterten Venen, ohne Berufsstörung während der Behandlung. Die Entfernung lästiger Haarentwicklung wird erreicht durch elektrische Verkochung, wodurch Verfärbungen der Haut und Narbenbildung ausgeschaltet werden, wie sie bei Röntgenbestrahlung und anderen Behandlungsarten nicht immer vermieden werden können. Neue Erfahrungen über die Entstehung der entstellenden "Tränensäcke" unter den Augen habe neue Behandlungswege gezeigt. Nicht alle Formen erfordern eine Operation. Oft genügt eine Einspritzung. Einen grosseren Raum bei den Verhandlungen beanspruchten die Vorträge über Korrektur angeborener Kieferdeformitäten, Unterentwicklung der Kiefer u.a.m.

Interessant und eindrucksvoll für alle Teilnehmer war neben der Vervollkommnung und Sicherheit der Technik besonders der Einfluss derartiger Operationen und Behandlungen auf die Psyche der Kranken und die segensreiche und dankbar empfundene Auswirkung in gesellschaftlicher, beruflicher und sozialer Hinsicht. Auch diesen von Natur Benachteiligten oder durch Krankheit oder Unfall Entstellten kann so wieder der Platz im Leben zurückgewonnen werden, auf der sie dank ihrer sonstigen körperlichen oder geistigen Einstellung Anspruch haben.

Dr. R. Amersbach (Heidelberg)

Das grosse Rätsel.^x

SPD. Eine holländische, für die Kolonien bestimmte Zeitschrift erzählt diese kleine Geschichte:

Eine weisse Frau kam in ein Gebiet, in dem noch die Vielweiberei herrscht. Sie sprach mit dem Häuptling und unterhielt sich auch mit seinen acht Frauen. Noch niemals war in jenem Lande eine weisse Frau erschienen, und man betastete ihr blondes Haar, befühlte ihre Kleidung und rieb an ihrer Haut, ob sie wohl nur aufgemalt sei. Und man fragte die Fremde: "Hast du einen Mann?"

Die Europäerin nickte.

"Kannst du schwimmen?"

"Gewiss."

"Kannst du reiten?"

"Jawohl".

"Kannst du kochen?"

"Natürlich".

"Aber - wenn dein Mann dich schlägt, was machst du dann?"

"Ich schlage wieder."

Da sahen sich die acht Frauen bedeutungsvoll an. Und eine sagte, die Weisse bewundernd anblickend: "Jetzt wissen wir endlich, warum die weissen Männer nur eine Frau haben - sie haben Angst!"

SPD. Trauer um Karoline.^x "Na, wie gehd's denne?"

"Ach, schlecht gehd's."

"Warum denn? Sie machen ja so ä niedergeschlagenes Gesichde?"

"Ja, Garoline is dod".

"Herzliches Beileid! Wie gahm denn das?"

"Ach, sie fühlde sich in der gansen ledsden Zeid schon nich wohl. Mr sah's ihr fermlich an."

"Verzeihense, wenn ich Sie mal dumm fraache! Garoline war wohl Ihre Frau?"

"Ach wo, das war doch nich meine Frau, hähähä!"

"Vielleicht Ihr Fräulein Schwesdr?"

"Geen Gedanke!"

"Oder Ihr Döchderjn"?

"Alles vrgehrd geradn!"

"Na, wer is denne da nu eichendlich Ihre Garoline?"

"Das war doch mei Angoragarniggl!"

SPD. Keine moralische Gefahr.^x In einer Leihbibliothek fragt eine ältere Dame die Bibliothekarin: "Meinen Sie, dass ich meiner Tochter das Buch "Madonna im Schlafcoupé" von Maurice Dekobra zu lesen geben kann?"

"Wie alt ist denn ihre Tochter?"

"Neunzehn Jahre".

"Wenn Sie verheiratet ist, können Sie ihr das Buch ruhig in die Hand geben!"

SPD. Abgewinkt.^x Ein jungverheiratetes Ehepaar geht spazieren. Vor einem Juweliengeschäft sagt die Frau: "Sieh mal, in diesen hübschen Ring habe ich mich direkt verliebt!" Schnell wehrt der junge Gatte ab: "Komm - mach mich doch nich eifersüchtig!"
